

(Minister Einert)

- (A) Zur konkreten Personalfrage, die Sie noch einmal angesprochen haben - auch das möchte ich wiederholend sagen; ich habe das mehrfach im Hauptausschuß erklärt -, habe ich gesagt: Für die fragliche Stelle wird es, wann auch immer, keine Neubesetzung ohne vorherige Diskussion, mit welchem Ergebnis auch immer, im Hauptausschuß geben. An diese Zusage, die ich im Hauptausschuß gegeben habe, fühle ich mich gebunden. Die wird eingehalten. Darauf können Sie sich verlassen. Diese Zusage hat dazu geführt, daß diese Regelung einstimmig im Hauptausschuß so gebilligt worden ist. Ich weiß also nicht, zu was diese Diskussion zum wiederholten Male hier an dieser Stelle führen soll.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Noch eine Bemerkung zum Kollegen Dorn! Ich glaube, Herr Kollege Dorn, Sie sehen das völlig falsch, wenn Sie da elf Artikel anführen, in denen ich sehr deutliche Kritik geübt habe. Vielleicht gibt es sogar noch mehr als elf Artikel. Ich bin sicher, Sie würden wahrscheinlich noch ein paar mehr finden. Ich habe sie nicht gezählt, aber ich sage Ihnen ganz offen: Es wird mit Sicherheit vielleicht die doppelte Zahl vorhanden sein. Nur, Sie schlabbern dabei eine Bemerkung. Ich mache diese Kritik nicht aus Spaß und Dollerei, sondern ein großer Teil meiner Tätigkeit und die Tätigkeit meiner Mitarbeiter vollzieht sich durchaus, trotz aller Gegensätze, die wir sonst haben, auch in Zusammenarbeit und auch in der Erzielung positiver Ergebnisse für Nordrhein-Westfalen.

(B)

Allerdings füge ich eines hinzu, und davon werden Sie mich auch nicht abhalten: Zusammenarbeit über alle politischen Gegensätze hinweg, soweit es unserem Lande dient. Aber wenn wir keine Bereitschaft finden, uns im Kompromißwege zu verständigen, dann werde ich allerdings den Schuldigen auch ganz deutlich dafür benennen. Das werde ich auch in Zukunft tun.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn es Anlaß dafür gibt, Kritik - und zwar ganz deutliche Kritik - zu äußern, dann werde ich das auch in Zukunft tun. Davon können Sie ruhig ausgehen. Deshalb ist die Gegenüberstellung zu dem, was Herr Kollege Jochimsen erklärt hat, überhaupt kein Widerspruch zwischen ihm und mir.

(Dorn (F.D.P.): Na!)

- Aber natürlich! - Auch mit deutlicher Kritik kann man durchaus schon einmal beim Verhandlungspartner ein Aufbrechen bisheriger

starrer Haltungen erzielen. Das muß man auch. Wir leben nun einmal in einer Gesellschaft, in einer Demokratie, (C)

(Hardt (CDU): Das haben wir bei der Landesregierung noch nie erreicht mit unseren Anträgen. Das wird guillotinihaft seit Jahren niedergestimmt.)

wo man sich verständigen muß. Die Frage ist nur, ob die Haltung durchzukonjugieren ist oder ob das nicht geht. Ich muß allerdings noch einmal hinzufügen: Ich bestreite überhaupt nicht, Herr Kollege Dorn, daß es in Einzelfällen möglich war - und ich hoffe, auch in Zukunft möglich sein wird; vielleicht stärker als in der Vergangenheit -, die Hilfe auch nordrhein-westfälischer Abgeordneter in Anspruch zu nehmen, wenn es um gemeinsame Interessenwahrnehmung in Bonn geht.

Aber eines sage ich nach vier Jahren Erfahrung in diesem Job: Das, was häufig - nicht immer, aber häufig - anzutreffen ist, das finden Sie in fast keinem anderen Land: In bestimmten Grundsatzfragen - ohne, ich wiederhole mich, die Regierung ständig loben zu müssen; das kann man von keiner Opposition erwarten - werden Sie, und die letzten Monate sind ein Beispiel dafür, in keinem anderen Land finden, daß das, was zu Hause in Opposition gemacht wird, auch nach außen hin, sozusagen gegen das eigene Land, nur weil Ihnen die Landesregierung nicht paßt, auch in der Bonner Szene so verdeutlicht worden ist.

(D)

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.))

Da gibt es eine ganze Reihe von Beispielen. Da geht es um das Verhalten von Abgeordneten auch in der Frage der Steuerreform, auch in der Frage des Finanzausgleichs - und viele andere Dinge mehr. Ich hoffe, daß das, was Sie eben angesprochen haben, nicht, wie in der Vergangenheit, die Ausnahme ist, sondern daß das wirklich in zentralen Fragen unseres Landes in der Zukunft die Regel sein wird. Ich werde sowohl Positives als auch Negatives nicht verschweigen; weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft. Wenn wir uns bei aller Gegensätzlichkeit auf diesem Level verständigen können, dann bringen solche Debatten etwas. Aber mir nur zu unterstellen, ich würde alles kritisieren und miesmachen, ist in der Sache nicht zu treffend. Da liegen Sie objektiv völlig falsch, wenn Sie hier so etwas vortragen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Die Abstimmung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

(Vizepräsident Dr. Riemer)

(A) Ich rufe auf:

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Zu diesem Einzelplan liegen Ihnen mit Drucksache 10/2695 ein Änderungsantrag und mit Drucksache 10/2704 ein Entschließungsantrag vor. Beide Anträge sind von der Fraktion der CDU. Die Anträge werden in den Beratungen miteinbezogen.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Arentz von der Fraktion der CDU das Wort.

Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Norbert Blüm hat auf dem Landesparteitag

(Zuruf von der SPD: Wer ist das denn?
- Wendzinski (SPD): Ist das der Kleine?)

von der meckernden Hilflosigkeit gesprochen, mit der diese Landesregierung den Problemen gegenübertritt.

(Schauerte (CDU): Recht hat er.)

Ich muß Ihnen eines sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: In dieser Disziplin ist der Minister Heinemann Spitzenklasse.

(Beifall bei der CDU)

(B) Kaum ein anderes Mitglied dieser Landesregierung hat sich so wie Sie auf die Beschimpfung der Bundesregierung und des parteipolitischen Mitbewerbers konzentriert, Herr Heinemann.

(Zustimmung bei der CDU - Dr. Linssen (CDU): Ja, weil er in der Sache nichts zu sagen hat. - Weitere Zurufe von der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ich muß das hier einmal ganz offen sagen: Ich finde es empörend, in welcher Art und Weise Minister Heinemann durch die Gegend läuft und in einer äußerst üblen persönlichen Weise Norbert Blüm hier zu diffamieren versucht!

(Zustimmung bei der CDU - Lebhafter Widerspruch von der SPD - Zurufe der Abgeordneten Dr. Linssen und Bensmann (CDU) - Unruhe)

Es ist wohl so, Herr Heinemann: Norbert Blüm tut Ihnen weh. (C)

(Dr. Linssen (CDU): Ja, ja! - Erneut lebhafter Widerspruch bei der SPD - Champignon (SPD): Der Norbert Blüm tut nichts!)

Der Norbert Blüm, lieber Bodo Champignon, tut von Bonn aus mehr für die Menschen in Nordrhein-Westfalen als der Herr Heinemann und seine ganzen Kollegen im Kabinett!

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Wendzinski (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich will das nur an einigen Beispielen deutlich machen. - Da nenne ich einmal das Erziehungsgeld. Sie von der SPD haben sich in Bonn nicht dazu durchringen können, diesem Gesetz zuzustimmen. 97 % aller Familien in Nordrhein-Westfalen nehmen es inzwischen in Anspruch. 1,1 Milliarden DM bringt allein dieses Gesetz den Familien in unserem Lande. Ich meine, dies ist ein hervorragender Erfolg!

(Beifall bei der CDU)

Herr Heinemann, die Presseartikel liegen uns ja hier vor; danach laufen Sie durch die Gegend und sagen über Norbert Blüm: Der hat nichts im Land Nordrhein-Westfalen verloren. - Ich glaube, die Stahlarbeiter sehen das anders. Denn Norbert Blüm war es - -

(Beifall bei der CDU - Widerspruch und Zurufe von der SPD) (D)

Norbert Blüm war es, der das Kurzarbeitergeld für Stahlarbeiter verlängert hat, der sowohl für Kohle als auch für Stahl Vereinbarungen hinbekommen hat - die Sie nicht erreicht haben -, um den Menschen im Strukturwandel zu helfen.

(Zuruf von der SPD: Damit ist er gescheitert! - Weitere Zurufe von der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

Ich nenne die Vervierfachung der Plätze bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Immerhin sind es 30 000 Menschen, die in Nordrhein-Westfalen dadurch Arbeit haben und nicht arbeitslos sein müssen.

Und ich nenne den Vorruhestand. 110 000 Arbeitnehmer haben davon inzwischen Gebrauch gemacht. Über 70 000 Arbeitsplätze konnten wieder besetzt werden. - Ich sage das hier auch von dieser Stelle: Wir als CDU-Landtagsfraktion appellieren an die Bundesregierung, den Vorruhestand über 1989

(Arentz (CDU))

- (A) hinaus zu verlängern, weil wir der Auffassung sind, daß sich dieses Instrument bewährt hat, weil wir der Auffassung sind, daß dieses Instrument sogar noch flexibler gestaltet werden muß, nämlich auch mit der Möglichkeit eines Teil-Vorruhestandes, damit die Leute noch zur Hälfte in Arbeit bleiben können und zur Hälfte, wenn sie wollen, ausscheiden können.

Herr Minister Heinemann, ich habe nur einige wenige Beispiele von Norbert Blüm gebracht; man könnte den ganzen Tag damit füllen, die guten Werke Norbert Blüms hier dazustellen.

(Lachen und Zurufe bei der SPD - Zustimmung von der CDU)

Es waren also nur wenige Beispiele. Blüm hat den Menschen geholfen; Sie, Herr Heinemann, ziehen als Miesmacher durch das Land.

(Schmidt (SPD): Das muß der gerade sagen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Die sozialpolitische Bilanz der Regierung Rau ist der Bankrott. Nordrhein-Westfalen ist Spitzenreiter aller Bundesländer im Sozialabbau.

(Zuruf von der SPD: Sie sind der Miesmacher!)

- (B) Seit 1980 hat das Land bei den Mitteln für Altenhilfe und für soziale Hilfen insgesamt 1 619 Millionen DM - 1,6 Milliarden DM! - weggekürzt. Allein die Mittel für die institutionellen Einrichtungen der Altenhilfe sanken von 102 Millionen DM auf 48 Millionen DM; im nächsten Jahr sollen sie weiter auf 43 Millionen DM reduziert werden. Das macht unter dem Strich ein Minus von 350 Millionen DM in acht Jahren aus.

Damit befinden wir uns bei einem ganz entscheidenden Punkt. Die Landesregierung, Herr Heinemann, hat im Bevölkerungsbericht dargestellt, wie sich der Bevölkerungsaufbau verändert. Wir haben einen revolutionären Umbruch in der Altersstruktur unserer Bevölkerung zu erwarten. Im Jahre 1985 betrug der Anteil der über Sechzigjährigen 20 %, 25 % werden es bereits im Jahre 2000 sein und 36 % im Jahre 2030.

Wissen Sie, was Ihr Problem ist? Sie beschreiben zwar absehbare Entwicklungen, aber Sie haben nicht mehr die politische Kraft, auf diese Entwicklungen auch die richtigen Antworten zu geben.

(Bensmann (CDU): Richtig! - Weitere zustimmende Zurufe von der CDU)

(C) Das muß man sich einmal vorstellen: Die Zahl der alten Menschen wächst immer mehr, die Mittel zum Ausbau einer Infrastruktur für die alten Mitbürger aber werden um mehr als die Hälfte gekürzt. Stillstand bei veränderten Bedingungen heißt Rückschritt.

Schauen wir uns doch einmal an, wie Sie die Sozialstationen in Nordrhein-Westfalen fördern!

(Zuruf des Abg. Schmidt (SPD))

Seit 1978 kommt in Nordrhein-Westfalen auf 5 000 Einwohner ein hauptamtlicher Mitarbeiter. Aber in der Zeit von 1970 bis heute hat sich die Zahl der alten Menschen über 75 Jahre - das sind diejenigen, die die Hilfe der Sozialstationen am notwendigsten brauchen - von 638 000 auf fast 1,2 Millionen verdoppelt. Das bedeutet: Unter den 5 000 Menschen, für die eine Fachkraft vorhanden ist, befinden sich heute doppelt so viele Menschen, die Hilfe brauchen, als es noch vor 15 Jahren der Fall gewesen ist. Diesen Tatbestand nehmen Sie mit Ihrer Politik einfach nicht zur Kenntnis. Deswegen sage ich Ihnen ganz deutlich: Das, was Sie den Mitarbeitern und den Trägern von Sozialstationen zumuten, gefährdet das gesamte Netz der ambulanten Versorgung in Nordrhein-Westfalen. Wir alle sehen eine Entwicklung kommen, nur Sie weigern sich, die richtigen Prioritäten im Haushalt zu setzen und den Menschen zu helfen!

(D) Im übrigen, Herr Heinemann: Hier wie in vielen anderen Punkten sind Sie Schlußlicht - Nordrhein-Westfalen ist Schlußlicht bei der Förderung der Sozialstationen.

(Anhaltende Unruhe - Zurufe)

Nicht besser sieht es aus, wenn man sich einmal anschaut, wie die Landesregierung mit den Behinderten umgeht. Da hält der Minister Heinemann Brandreden, wenn er zum VdK geht; das habe ich ja vor einigen Wochen gemeinsam mit ihm in Köln im Landeshaus erlebt: Da werden die Leute heiß gemacht, da wird die Bundesregierung beschimpft.

Aber da müssen wir einmal nachschauen: Was tut er denn selber?

(Bensmann (CDU): Nichts! - Gegenrufe von der SPD)

Diese Landesregierung hat die Mittel für Behinderteneinrichtungen von 1980 bis 1987 um mehr als die Hälfte zusammengestrichen.

(Dr. Linssen (CDU): Unerhört! - Zustimmung von der CDU)

(Arentz (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren, wo es nur noch zum Reden reicht, ist das ein bißchen wenig! - Schauen wir uns doch einmal die Einstellungspraxis an. Die Ausreden von Herrn Minister Heinemann, die er nachher auch hier wieder vortragen wird, kennen wir ja. Nur, Tatsache ist, meine Damen und Herren: Fast die Hälfte aller arbeitslosen Schwerbehinderten in der ganzen Bundesrepublik lebt in Nordrhein-Westfalen; es sind genau 44 %.

(Unruhe - Zurufe)

In einer solchen Situation muß sich das Land als Arbeitgeber nicht nur am Durchschnitt orientieren, sondern das Land muß Vorbild sein! Wenn das Land nicht Vorbild ist, kann es auch private Arbeitgeber nicht beim Portepée packen und verlangen: Ihr müßt hier mehr tun bei der Einstellung von Schwerbehinderten! Herr Minister Heinemann zahlt lieber Millionen an Strafgeldern, als den Behinderten Arbeit zu geben.

Wir stellen weiter fest: Das sogenannte 700-Millionen-Programm der Landesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hat sich inzwischen als ein ausgemachter Schwindel entlarvt. Selbst der Ministerpräsident ist auf die Propaganda des Minister Heinemanns hereingefallen und behauptet im "Vorwärts", das Land habe in den letzten drei Jahren 2,1 Milliarden DM für die Beschaffung von Lehrstellen für junge Leute ausgegeben. Wir haben das einmal nachgerechnet. Es waren keine 2,1 Milliarden DM. Es waren schlicht und ergreifend 937 Millionen DM.

(B)

(Hört, hört bei der CDU)

Wissen Sie, was das ist? Das ist der Milliarden-Bluff der Regierung Rau.

(Beifall bei der CDU)

Ein großer Teil der 700 Millionen DM bestand nämlich aus Verpflichtungsermächtigungen, die Sie zweimal, dreimal, viermal - jedes Jahr neu - mitgezählt haben. Tatsächlich standen im Haushalt in den letzten Jahren nicht 700 Millionen DM, sondern jeweils immer nur 400 Millionen DM an Kassenmitteln zur Verfügung. Zudem ist Ihre Bürokratie so unfähig gewesen oder die Programme waren so praxisfremd, daß selbst von den 400 Millionen DM ein großer Teil überhaupt nicht ausgegeben werden konnte. Deswegen stellen wir hier fest: Auch die Lehrstellenpolitik der Landesregierung ist gescheitert. Bis zum heutigen Tage ist die Situation junger Menschen, die eine Lehrstelle suchen, in Nordrhein-Westfalen gravierend schlechter als in den anderen Bundesländern.

Ein Dauerbrenner von Ihnen, Herr Heinemann, ist die Agitation in Sachen Leiharbeit und illegale Beschäftigung. Das konnte man auch heute wieder im Pressepiegel nachlesen. Minister Heinemann fordert dauernd neue Gesetze von der Bundesregierung. Neue Gesetze nutzen aber überhaupt nichts, solange der Minister als Verantwortlicher in Nordrhein-Westfalen nicht auf die Einhaltung der bestehenden Gesetze achtgibt. Die Haushaltsberatungen haben es deutlich gemacht: Die Gewerbeaufsicht, die Ihnen für diesen Bereich untersteht, Herr Heinemann, ist personell so mangelhaft ausgestattet, daß das Risiko für illegale Arbeitsvermittler, aufzufallen, in Nordrhein-Westfalen fast gleich Null ist. Nicht neue Gesetze tun not, sondern ein Regierungshandeln, das die Einhaltung der bestehenden Gesetze sichert.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie das nötige Personal nicht so schnell bekommen können, weil Sie das Geld dafür nicht haben, dann befreien Sie die Gewerbeaufsicht von überflüssigen Aufgaben,

(Beifall bei der CDU)

konzentrieren Sie die Tätigkeit auf das Notwendige; dann helfen Sie den Menschen, die ausgebeutet werden, mehr als mit Ihren gebetsmühlenartig vorgetragenen Vorwürfen und Forderungen in Richtung Bonn.

(D)

(Beifall bei der CDU - Dautzenberg (CDU): Das ist das einzige, was er kann!)

- Das ist wohl richtig.

Ehrenamtliche soziale Tätigkeit hat bei dieser Landesregierung keine Lobby. Ich erwähne nur den Umgang dieser Landesregierung mit der Stiftung Wohlfahrtspflege. Hier hat sich die Regierung Rau seit 1981 hemmungslos bedient. Allein bis Ende dieses Jahres haben Sie der ehrenamtlichen sozialen Arbeit 211 Millionen DM weggenommen und in das Faß ohne Boden namens Landeshaushalt hineinsteckt. Das ist kurzsichtig. Das ist unsozial. Wir brauchen nichts dringender als eine ausreichende Ermutigung und Förderung der Ehrenamtlichen in der Sozialarbeit.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein alter sozialistischer Irrglaube, zu meinen, man könnte alles hauptamtlich durch den Staat machen lassen.

(Beifall bei der CDU)

(Arentz (CDU))

- (A) Ich sage Ihnen: Damit schaffen Sie eine kalte Gesellschaft. Sie werden dies zudem nicht bezahlen können. Deswegen sage ich den 500 000 Menschen, die in Nordrhein-Westfalen ehrenamtlich tätig sind, hier für die Fraktion der CDU ein ganz herzliches Wort des Dankes.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Lassen Sie mich abschließend etwas zu der Notlage unserer Krankenhäuser sagen. Schon im letzten Jahr haben die Mittel des Krankenhausbauprogramms nicht ausgereicht, um auch nur ein Viertel der Anträge abzudecken, die die Regierungspräsidenten bei Ihnen eingereicht haben. Nun wollen Sie die Mittel im Jahre 1988 bei den Verpflichtungsermächtigungen noch einmal um 200 Millionen DM und bei den Kassenmitteln um 40 Millionen DM zusammenstreichen. Das bedeutet im Klartext: Im Jahre 1988 können Sie mit Zusagen weniger als 20 % des Bedarfs befriedigen. Angesichts einer Investitionslücke von 3 Milliarden DM haben Sie an Kassenmitteln für den Beginn von neuen Maßnahmen ganze 30 Millionen DM zur Verfügung. So gerät Nordrhein-Westfalen auch bei der Ausstattung der Krankenhäuser immer stärker ins Hintertreffen. Bayern mit etwa der Hälfte der Einwohner gibt inzwischen mehr Geld aus dem Landeshaushalt für die Krankenhäuser aus als das große Nordrhein-Westfalen: 5 800 DM pro Bett in Bayern, 2 800 DM pro Planbett in Nordrhein-Westfalen.

- (B) Wir stellen deshalb fest: Nordrhein-Westfalen braucht dringend ein Programm "Arbeit und Gesundheit".

(Beifall bei der CDU)

Deshalb stellen wir heute den Antrag, das Krankenhausbauprogramm für 1988 um insgesamt 240 Millionen DM aufzustocken. Das hilft den Krankenhäusern; das hilft den Patienten; das hilft auch der notleidenden Bauwirtschaft und ihren Arbeitnehmern.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Heinemann will neue Institute gründen, etwa das Institut für Arbeit und Technik oder wie sie sonst heißen mögen. Er will Gutachten für zig Millionen DM erstellen lassen. Die Meinung der CDU ist: Das alles hilft den Arbeitnehmern weniger als neue Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts der knappen Finanzen appellieren wir deshalb an Sie: Lassen Sie den Luxusbe-

darf liegen. Die Begründungen, die die Landesregierung im Ausschuß zu vielen Titeln gegeben hat, waren so erbärmlich, daß man sie hier gar nicht wiederholen möchte. (C)

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie den Luxusbedarf liegen, und finden Sie endlich einmal die Kraft, Prioritäten zu setzen. Wir bauen Ihnen die goldene Brücke. Stimmen Sie in namentlicher Abstimmung unserem Antrag zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Arentz, muß ich es so verstehen, daß Sie jetzt den Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt haben?

(Arentz (CDU): Ja!)

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmidt das Wort.

Schmidt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir sollten nach diesen "Blümiaden" und Lobhudeleien in Richtung Bonn wieder zur Sache kommen,

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

nämlich zum Einzelplan 07, der uns ja heute beschäftigt. Herr Arentz, es tut mir leid: Bei der Aussprache über den Einzelplan 07 müßten wir, wenn wir über Sozialpolitik sprechen, eigentlich zunächst einmal über die soziale Situation in Nordrhein-Westfalen reden. Sie haben zwar eine ganze Menge Schlagworte in die Diskussion gebracht. Aber das, was uns im Augenblick am meisten bekümmert, nämlich der Stellenabbau in Hattingen, in Oberhausen und an anderen Orten, kam bei Ihnen, wenn ich richtig zugehört habe, eigentlich an keiner Stelle vor. (D)

(Dautzenberg (CDU): Wir beraten hier den Einzelplan 07!)

Sie haben hier ein paar Anträge auf den Tisch geschaufelt, Herr Arentz. Sie haben auch Deckungsvorschläge dafür gemacht, die ich insgesamt nur als völlig unsolide bezeichnen kann.

(Arentz (CDU): So unsolide wie der Haushalt können die Vorschläge gar nicht sein. - Zuruf der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

(Schmidt (SPD))

- (A) - Ich will das ja begründen, Frau Kollegin. Sie fordern im Krankensektor 40 Millionen DM mehr und geben dafür Deckung bei verschiedenen Kapiteln an, ohne zu berücksichtigen, daß zum Beispiel beim Kap 07 020 rechtliche Bindungen bestehen. Da ist nun einmal die GIB gegründet,

(Arentz (CDU): Das war ein großer Fehler!)

und sie arbeitet. Übrigens arbeitet Sie gut, Herr Arentz. Da sollten Sie sich mit Ihrer Kolonne noch einmal sachkundig machen, Frau Hieronymi. Sie arbeitet hervorragend, weil hier genau das Instrument gegeben ist, wo Beschäftigungsinitiativen, die es ja vielfältig im Lande gibt, die Beratung erfahren, die notwendig ist, damit die Perspektive einer solchen Beschäftigungsgesellschaft auch für die Zukunft eine Möglichkeit sein kann. Das sollten Sie sich einmal ansehen. - Hier bestehen also rechtliche Bindungen, Herr Arentz; da können Sie gar keine Deckung finden.

Der nächste Punkt ist die experimentelle Arbeitsmarktpolitik. Natürlich waren wir uns im Ausschuß nicht ganz einig, was da eigentlich gemacht werden soll. Aber wenn wir im Landeshaushalt überhaupt keinen Spielraum mehr haben, dann muß doch gerade die Forderung aktuell sein, daß an irgendeiner Stelle auch Geld zur Verfügung stehen kann, um etwas Neues zu machen, Herr Arentz.

- (B) (Arentz (CDU): Aber die Regierung konnte uns noch nicht einmal sagen, wie sie das Geld einsetzen will!)

Herr Arentz, der nächste Punkt ist das von Ihnen ja heißgeliebte Institut Arbeit und Technik. Auch da wissen Sie genau, daß wir einen Null-Ansatz überhaupt nicht durchziehen können. Das ist überhaupt nicht möglich, weil es einen Gründungsbeschluß und Mittelbindungen gibt. Trotzdem bieten Sie uns da eine Deckungsmöglichkeit an. Auch das halte ich für unsolide.

(Zuruf der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

Ebenso verhält es sich bei dem von Ihnen genannten Kap 07 210. Da wollen Sie die Auslagen in Rechtssachen bei den Arbeitsgerichten, beim Landesarbeitsgericht, bei den Sozialgerichten und beim Landessozialgericht zurückfahren. Schauen Sie sich doch bitte die Istzahlen des letzten Jahres an, und schauen Sie sich die wachsenden Fallzahlen an! Und haben Sie berücksichtigt, daß es eine neue Gebührenordnung gibt, die genau das alles beinhaltet? Ich muß schon sagen, Herr

Arentz: Das war keine Fleißarbeit, es war jedenfalls keine Arbeit, die mich überzeugt hat.

(Frau Hieronymi (CDU): Das waren Prioritäten! - Abg. Arentz (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Ja, bitte!

Präsident Denzer: Herr Kollege Arentz, es ist mir vermeldet worden, daß Sie eine Zwischenfrage angemeldet haben, die Herr Abg. Schmidt gestattet hat. Sie haben nun das Wort. Ist das nicht ein Service?

Arentz (CDU): Die Meldung, die bei Ihnen, Herr Präsident, angekommen ist, war richtig. Ich möchte Herrn Kollegen Schmidt fragen, ob er sich daran erinnert, daß wir im Ausschuß gerade bei der Frage der Aufstockung der Mittel für Gebühren und Rechtsgutachten um 12 oder 13 Millionen DM von der Landesregierung die Auskunft bekommen haben, in diesem Jahr sei man trotz der erhöhten Gebühren mit nur zwei Millionen DM hingekommen, weil man sich besonderer Sparsamkeit befleißigt habe? Und teilen Sie, Herr Kollege Schmidt, meine Auffassung, daß in dieser Situation die ganze Landesregierung sich an allen Punkten äußerster Sparsamkeit befleißigen muß?

(Beifall bei der CDU)

Schmidt (SPD): Letzteres ist selbstverständlich. Zum ersten: Die neue Gebührenordnung schlägt genau im Haushaltsjahr 1988 durch.

(Arentz (CDU): Sie ist seit dem 1. Januar 1987 in Kraft!)

- Sie schlägt aber in 1988 durch die erhöhten Fallzahlen stärker durch. Auch das habe ich überprüfen lassen, Herr Arentz. Ich halte das nicht für einen seriösen Deckungsvorschlag, um das noch einmal zu unterstreichen.

Herr Arentz, Sie haben vorhin auch die Arbeitsmarktpolitik angesprochen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß wir doch gerade im Bereich Arbeitsmarktpolitik und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sehr gute Karten haben.

(Arentz (CDU): Nein, das ist überhaupt nicht wahr!)

- Im Verhältnis zu den anderen Flächenländern mit Sicherheit.

(Arentz (CDU): Das ist falsch!)

(C)

(D)

(Schmidt (SPD))

- (A) - Das werden Sie akzeptieren müssen. Denn bei den Arbeitsmarkthilfen liegt nach wie vor ein Ausgabenschwerpunkt dieser Landesregierung. Wenn Sie vorhin eine Zahl genannt haben, so haben Sie natürlich nicht alle Leistungen einbezogen. Die Leistungen aus dem Einzelplan 07 und die Leistungen aus dem Einzelplan des Wirtschaftsministers müssen ja zusammen gesehen werden.

(Arentz (CDU): Natürlich habe ich die einbezogen!)

Es wäre richtig und fair gewesen, wenn Sie das mit angemerkt hätten. Wir haben gerade für die Schaffung von Ausbildungsstellen und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit 1988 vor allem in den beiden Einzelplänen 07 und 08 einen sehr hohen Betrag zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen 185 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen.

Hervorheben möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die Sozialhilfeempfänger. Allein hier sind 78,3 Millionen DM veranschlagt worden.

In den Bereichen betriebliche Berufsausbildung und Arbeitsmarkt haben wir von 1980 bis heute rund 2,5 Milliarden DM bereitgestellt. Herr Arentz, trotz der Haushaltszwänge, über die wir uns alle einig sind! Ich denke schon, daß das Leistungen sind, die sich sehen lassen können.

- (B) Lassen Sie mich noch einmal auf die GIB und auf das Institut Arbeit und Technik abheben! Wir setzen doch gerade in diesen beiden Bereichen der Arbeits- und Sozialpolitik, wie ich meine, Zukunftsimpulse. Da kann bei Ihnen nicht einfach die Rollade heruntergehen. Sie halten eben nicht viel davon, daß wir über den Tag hinaus denken und neue Impulse auch durch neue Institute nach vorn bringen wollen. Aber wir bekennen uns dazu.

(Arentz (CDU): Der Minister hat jeden Tag ein neues Gutachten! - Zuruf der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

Und wir haben miteinander in diesem Hohen Hause beschlossen, eine eigene Kommission einzurichten. Sie haben sich daran beteiligt, Sie haben hier in diesem Hause mit dafür gestimmt, die Kommission Arbeit und Technik ins Leben zu rufen. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Folge dieser Zusammenarbeit ist das neue Institut.

(Widerspruch der Abgeordneten Arentz und Frau Hieronymi (CDU))

- Das ist eine ganz wesentliche Grundlage für die zukünftige Arbeit. (C)

(Widerspruch des Abg. Arentz (CDU))

Die CDU ist dagegen; ich akzeptiere das, Herr Dautzenberg. Sie hat dazu Kürzungsanträge gestellt; darüber wird gleich noch abzustimmen sein.

(Arentz (CDU): Sie haben bis jetzt nicht einmal Leute gefunden!)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Dautzenberg von der Fraktion der CDU?

(Schmidt (SPD): Herr Präsident, ich möchte meine Zeit dazu nutzen, auf die Positionen, die Herr Arentz angesprochen hat, einzugehen. - Zustimmung bei der SPD)

- Das ist Ihr gutes Recht. Bitte, reden Sie weiter.

Schmidt (SPD): Herr Arentz, noch etwas! Sie haben vorhin das Stichwort "Behinderte" genannt und haben hiermit, wie ich meine - das gilt für uns alle -, einen ganz wesentlichen landes-, aber auch bundespolitischen Gesichtspunkt angesprochen. Wenn man sich im Einzelplan 07 umsieht, stellt man fest, daß für diesen Bereich insgesamt 369 Millionen DM veranschlagt sind. Stellt man diese Zahl ins Verhältnis zu dem, was 1966 gewesen ist, kommt man darauf, daß dieser Betrag 250mal so hoch ist wie in dem von mir genannten Jahr. (D)

(Frau Hieronymi (CDU): Müssen Sie sich damit vergleichen?)

- Sie haben auch solche Zahlenspiele betrieben; dann werden Sie mir das auch an dieser Stelle gestatten. - Wir haben heute in Nordrhein-Westfalen 93 Werkstätten für Behinderte mit über 25 200 Plätzen.

(Arentz (CDU): 6 000 Plätze zuwenig!)

Im Haushalt 1988 gibt es einen Verpflichtungsrahmen von 18,5 Millionen DM für weitere 2 000 Plätze. Das halte ich, liebe KollegInnen und Kollegen, für eine große Leistung für dieses Land.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben uns auch schon bei der letzten Haushaltsplanberatung mit dem Thema Pflichtquote auseinandersetzen müssen; damals war

(Schmidt (SPD))

(A) es wohl Herr Kollege Schauerte, der das Thema, wie ich meine, zu Recht eingeführt hat. Sie haben das Thema heute auch angeschnitten, Herr Arentz. Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß die Pflichtquote der beschäftigten Schwerbehinderten bei uns in Nordrhein-Westfalen als einzigem Bundesland mit 6,3 % überschritten ist.

(Arentz (CDU): Das stimmt nicht!)

- Das ist die Zahl. Natürlich liegen die Landesbehörden zur Zeit nur bei 5,5 %;

(Arentz (CDU): Eben!)

das will ich gern einschränkend zugeben. Aber Sie kennen die Gründe dafür; wir haben vielfach auch im Ausschuß darüber gesprochen, daß es in bestimmten Ressorts eben nicht möglich ist, die Quote der Schwerbehinderten zu erreichen. Darüber sind sich auch die Kollegen in anderen Bundesländern einig.

(Hovest (SPD): Da hat Herr Arentz wieder nicht zugehört! - Frau Friebe (SPD): Das weiß Herr Arentz aber! - Arentz (CDU): Aber 1982 war es dem Land möglich, die Pflichtquote von 6 % zu erfüllen! Also es geht, wenn man will!)

- Das ist richtig, Herr Arentz. Die Begründungen dafür sind Ihnen ja bekannt: Etwa bei der Polizei - der Innenminister hat es mehrfach erklärt - und z.B. in unseren Schulen - auch der Kultusminister hat es mehrfach erläutert - ist der Kreis der dort einzusetzenden Schwerbehinderten naturgemäß eingeschränkt; das muß man ehrlicherweise hinzufügen.

(B)

(Bensmann (CDU): Aber in der Ministerialbürokratie ist es doch anders! - Hovest (SPD): Herr Arentz ist nicht ehrlich!)

Nächstes Stichwort: die Alteneinrichtungen! Ich finde, daß sich unsere Investitionen in diesem Bereich auf einem sehr hohen Niveau bewegt haben und nach wie vor bewegen. Das Ergebnis ist eine Versorgung der alten Menschen in unserem Lande mit 115 000 Plätzen in Einrichtungen. Das ist eine stolze Zahl. Ich denke, wir sollten an dieser Stelle unser Licht in Nordrhein-Westfalen nicht unter den Scheffel stellen.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Friebe (SPD): Sehr richtig!)

Natürlich kann man auch hier alles miesmachen und an jeder Ecke mehr fordern und

gleichzeitig Deckungsvorschläge bringen, die nicht ganz realistisch sind, Herr Arentz. (C)

(Hovest (SPD): Eine Spezialität von Herrn Arentz!)

Aber ich meine, der Glaubwürdigkeit unserer gemeinsamen Arbeit willen, die ich - das darf ich an dieser Stelle einmal sagen - dennoch für außerordentlich gut halte, sollte man schon zum Ausdruck bringen, daß nicht alles zur gleichen Zeit durchsetzbar ist.

(Frau Hieronymi (CDU): Nein, aber es müssen Prioritäten gesetzt werden! - Arentz (CDU): Das ist richtig!)

Ich bin froh darüber, daß wir 470 Sozialstationen im Lande Nordrhein-Westfalen errichtet haben, ein flächendeckendes Netz für das gesamte Land anbieten können, damit das erfüllt werden kann, was wir offensichtlich gemeinsam wollen, nämlich daß die alten und behinderten Menschen so lange wie möglich in ihrem vertrauten Kreis bleiben und dort ambulant gepflegt werden können. Wenn wir das in Zukunft noch verbessern können, wollen wir darüber reden. Sie haben beklagt, die Träger seien mit der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen sehr unzufrieden; das ist unrichtig. Ich habe das weder in der Anhörung gehört noch durch irgendwelche Zuschriften erhärtet bekommen. Dazu müßten Sie also schon etwas klarer Stellung nehmen.

(Arentz (CDU): Das Problem vieler Träger ist, daß sie mit dem Personalschlüssel die Arbeit nicht leisten können!) (D)

Ich glaube, daß wir hier über die letzten Jahre gestreut ein Angebot gemacht haben, Herr Arentz - und wir haben es immer wieder ergänzt -, das sich auch im Vergleich zu den anderen Flächenländern sehen lassen kann.

Meine Damen und Herren, ich möchte als letzten Punkt den Krankenhaussektor aufgreifen. Es ist natürlich völlig richtig, daß es, gerade um mehr Investitionen in Gang zu setzen, wünschenswert wäre, im Bereich der Krankenhausfinanzierung noch mehr Geld zu haben. Sie fordern 40 Millionen DM; man hätte genausogut 80 oder noch mehr Millionen fordern können. Wir wissen - die Regierungspräsidien haben es in der Zwischenzeit für uns vorbereitet -, wie hoch der Bedarf an Investitionen in den Krankenhäusern ist. Das ist unbestreitbar. Daraus kann man aber, wie ich meine, kein politisches Ränkespiel schmieden.

(Arentz (CDU): Aber ein Antrag ist doch kein Ränkespiel!)

(Schmidt (SPD))

- (A) Denn, Herr Arentz, wir kommen einfach an der Tatsache nicht vorbei, daß das Land von 1972 bis zum Ende dieses Jahres allein für Krankenhäuser 17 Milliarden DM zur Verfügung gestellt hat. Es gibt in diesem Jahrzehnt kein einziges Jahr, in dem wir für die Krankenhausinvestitionen weniger als 1 Milliarde DM in die Hand genommen haben. Ich finde, das ist schon ein Pfund an Geld, das auch weitere Investitionen in Bewegung setzt.

Im laufenden Jahr sind es 1,2 Milliarden DM, und im folgenden Jahr werden es entsprechend dem Haushaltsplanentwurf wieder 1,1 Milliarden DM sein. Hinzu kommen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 500 Millionen DM. Meine Damen und Herren, ich denke, auch das sind Zahlen, die wir wirklich vorzeigen können. Ich meine das ernsthaft, auch wenn Sie mich, Herr Arentz, entweder an- oder auslachen; das ist mir ziemlich egal.

(Arentz (CDU): Das täte ich nie!)

Meine Damen und Herren, meine Redezeit ist abgelaufen. Trotzdem möchte ich noch gern zwei Punkte ansprechen, die für unsere Fraktion bei diesen Haushaltsplanberatungen wichtig waren. In zwei wichtigen Bereichen der Gesundheitspolitik haben wir die Ausgabenvorschläge der Regierung erhöht, und zwar bei der Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids und bei der Bekämpfung der Drogensucht.

- (B) Die Ansatzserhöhung bei Aids um 1 Million DM ist, meine ich, präventive Sozialpolitik. Darüber waren wir uns einig. Es ist nicht so, daß ich mich jetzt an den anderen Fraktionen des Hauses vorbeimogeln will. Ich will nur sagen: Im Bereich der Altenpflegeausbildung waren wir uns weitgehend einig. Mit dem Wegfall des Schulgelds haben wir einen Einstand für die Zukunft gemacht. Und wir waren uns in diesem Punkt, den ich für wichtig halte, einig: 1 Million DM mehr für die Bekämpfung der Krankheit Aids, und auch 1 Million DM für das Methadon-Programm des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Präsident Denzer: Erschrecken Sie nicht, Herr Abgeordneter; aber ihre Redezeit ist zu Ende. Wenn Sie bitte den Satz zu Ende führen wollen.

Schmidt (SPD): Jawohl.

Das Methadon-Programm des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales werden wir ebenfalls verstärken, weil wir glauben, daß es ein Baustein in der gesamten Strategie ist.

Mit dem täglichen Schluck ist es nicht getan. Ich meine, hier muß Geld in die Hand genommen werden, auch in der Zukunft. Deshalb bedanke ich mich bei der CDU und auch bei der F.D.P., daß wir uns zumindest hier, aber auch in manchen anderen Punkten bei den Beratungen einig waren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion der F.D.P. hat das Wort Herr Abg. Dr. Schaumann.

Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schmidt hat festgestellt, wenn man über Sozialpolitik rede, müsse man zunächst die soziale Situation in Nordrhein-Westfalen betrachten. Das ist richtig.

Das führt zu der Frage: Was heißt und zu welchem Zweck betreiben wir überhaupt Sozialpolitik? In welcher Wirksamkeit läßt sich Sozialpolitik ausrichten? Welche Befunde gibt es dazu in Nordrhein-Westfalen?

Ich habe überhaupt keinen Anlaß, die Situation schwarz-weiß zu malen, weil sie in dem engen Rahmen, der überhaupt sozialpolitisch beeinflussbar erscheint, so nicht ist. Nur, ich habe sehr wohl Anlaß, deutliche Differenzen zu sehen.

Es freut mich, Herr Arentz, daß Sie für Blüm einen - ich sage mal - sehr guten Knappen darbieten.

(Zurufe von der CDU: Was?)

- Einen sehr guten Knappen. Das ist der Gehilfe des Ritters, der Schildträger.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine scherzhafte Zwischenbemerkung?

(Dr. Schaumann (F.D.P.): Sehr gern, Herr Präsident.)

- Ich kann mir den Abgeordneten Arentz als Volksvertreter vorstellen, aber nicht als feudalen Knappen. Ich wollte das nur mal so sagen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen - Zurufe von der CDU)

Dr. Schaumann (F.D.P.): Also den Herrn Blüm in allen Ehren, auch in den Ehren, die Herr Arentz ihm angedeihen läßt.

(Bensmann (CDU): Er ist schon gut, der Herr Blüm!)

(C)

(D)

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) Was mich allerdings erstaunt, Herr Arentz, ist die Intensität der Abgrenzung, die Sie auf der Grundlage der Unterstützung für Blüm gegen Heinemann vornehmen. Denn für einen unbefangenen Beobachter wie mich, der jedenfalls politisch mit beiden nichts zu tun hat,

(Zurufe von der CDU)

stehen diese beiden in gewissen Fragen außerordentlich nahe beieinander, wobei diese gewissen Fragen besonders Fragen der Gesundheitspolitik und der Sozialpolitik sind.

(Dautzenberg (CDU): Der eine ist ein Sozi und der andere ein Christdemokrat!)

Dafür gibt es, Herr Dautzenberg, eine Reihe ganz hervorragender Belege, nicht nur aus der jüngsten Vergangenheit, sondern auch in der Philosophie, von dem Denkansatz aus, von dem aus beide Sozialpolitik betreiben. Das muß man ernsthaft so sagen dürfen, und das sage ich so.

(Zurufe von der CDU)

- Sicher. Ich bin ja hier, um meine Meinung, und nicht, um ihre Meinung zu verkünden. Das ist doch klar. So.

Jetzt komme ich aber zu Herrn Heinemann. Herr Heinemann macht nicht alles falsch. Das sage ich vorweg.

(B)

(Heiterkeit bei der F.D.P. - Beifall bei der SPD - Bensmann (CDU): Aber das meiste! - Schmidt (SPD): Das ist aber lieb!)

Aber Herr Heinemann hat jedenfalls einen Ansatz, der von der F.D.P. und auch von mir nicht zu teilen ist.

Herr Heinemann beansprucht für sich, was er schon öfter im Landtag gezeigt hat, ziemlich häufig einen moralischen Monopolismus: Alles, was ich sage, dient den Menschen dieses Landes, und alles, was andere sagen, dient dem jedenfalls weniger - gemeint ist: manchmal auch gar nicht.

(Zurufe von der SPD)

- Dies ist seine Meinung; er beansprucht dafür auch das Monopol.

Zweitens. Herr Heinemann redet häufig so - das ist nicht meine Auffassung von Sozialpolitik; deshalb grenze ich das so ab -, als gäbe es in diesem Land zwei unterschiedliche

Gruppen: die Reichen und die Armen, und als ließen diese sich so deutlich trennen und als wäre Herr Heinemann der Vorkämpfer für die Armen. So redet er gelegentlich. Ich weiß nicht, ob er das glaubt. (C)

(Grätz (SPD): Das ist er auch!)

- Ich weiß aber ganz sicher, daß er das nicht ist, Herr Kollege Grätz.

(Beifall bei der F.D.P.)

Drittens. Herr Heinemann hat wie sein Vorgänger in der Sozialpolitik einen Ansatz, der sehr von Verordnungen und Kontrolle und sehr viel weniger von Selbstverwaltung und Selbstregulierung und dem Zutrauen in diese Kräfte geprägt ist.

Ich glaube, Heinrich Böll hat das Wort von der "Fürsorglichen Belagerung" geprägt. Herr Heinemann ist in seinem sozialpolitischen Denken sehr häufig so orientiert, daß er um jeden Preis helfen möchte, ohne zu fragen, ob diese Hilfe wirksam ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das waren die Vormerkungen, die zur nötigen Differenzierung bei meinem ansonsten sehr wohl geschätzten Minister gehören.

Jetzt zu Details des Einzelplans 07.

(Zuruf von der CDU)

- Ich schätze ihn als Person. Das ist ja bekannt. Aber wir wollen uns hier ja auch nicht - - (D)

(Dreyer (CDU): Er hat also auch etwas mit Krankenhäusern zu tun!)

- Nein; nein. Wir haben nicht nur etwas mit Krankenhäusern zu tun, je älter wir werden, Heinrich Dreyer, sondern wir haben auch mit vielen anderen Gesundheitsproblemen zu tun, die vielleicht aber auch ambulant bedient werden können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich komme zurück. Wir haben im Einzelplan 07 Ansätze, die jedenfalls bei mir Fragen aufwerfen. Es sind zum Teil die Fragen, die der Kollege Arentz schon erwähnt hat. Deshalb kann ich mich knapp fassen.

Experimentelle Arbeitsmarktpolitik oder der Bereich Arbeitsmarkt insgesamt! Herr Schmidt, Sie haben es gesagt und richtig wiedergegeben. Wir wußten eigentlich im

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

(A) Ausschuß nicht so richtig, wofür das gut ist - deshalb habe ich im Ausschuß dagegen gestimmt -; aber auf jeden Fall wollten wir in dieser Frage Spielraum haben. Das haben Sie soeben wiederholt. Das ist Ihr gutes Recht. Nur, wenn man einen so hochtrabenden Titel wählt "experimentelle Arbeitsmarktpolitik" - das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen -, dann sollte man wenigstens verlangen, daß diejenigen, denen man eine Zustimmung zu einem solchen Vorschlag abverlangt, sich etwas Konkretes darunter vorstellen können. Es mag ja sinnvoll sein, daß dieser Titel dazu erhalten kann, im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales einen Denkprozeß in Gang zu setzen. Ich befürchte nur, daß dieser Denkprozeß sehr teuer werden wird - ich sehe das in einem Bereich, den ich gleich noch ansprechen möchte, dem der Technik -, sehr gutachterlich ausgeweitet wird und in dem eigentlichen Wollen, für die Leute etwas zu tun, möglicherweise wenig bringt.

Ich komme zu einem zweiten Bereich, den Sie - ich danke Ihnen dafür - treffenderweise mit der Abkürzung hier erwähnt haben, nämlich GIB. Dieses Motto GIB ist auch in weiten Bereichen das Motto Ihrer Sozialpolitik, Herr Schmidt und Herr Heinemann. Ich frage Sie allen Ernstes - das hat etwas zu tun mit den Grundsätzen, die ich vorhin genannt habe -: Sie gründen neue Institutionen. Sie haben bewährte Wohlfahrtsverbände, die diese Arbeit jahrzehntelang betrieben haben. Sie schaffen sozusagen mit staatlicher Unterstützung als staatliche Tochter ein neues Institut und machen den Wohlfahrtsverbänden Konkurrenz.

(B) Ich kann das nicht für sonderlich sinnvoll erachten, zumal über die Frage, ob dieses Institut GIB, diese Gesellschaft in Bottrop, nun wirklich gut arbeitet, zunächst noch keine Bewertung zu treffen ist, weil die Kriterien der Bewertung noch unklar sind und der Ergebnisbericht auch noch nicht vorliegt.

Also möchte ich Sie doch bitten - es sei denn, Sie haben zusätzliche Informationen, dann würde ich das natürlich rügen müssen, daß sie uns bisher nicht zur Verfügung gestellt worden sind, Herr Schmidt; ich setze das nicht voraus -, mit Ihrer Bewertung doch zunächst zurückhaltend zu sein.

Dritter Bereich, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen - ABM! Es ist zwar richtig, daß durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vielen Menschen, die in Arbeitslosigkeit geraten sind, geholfen werden kann. Aber erstens hilft es den Leuten nur relativ kurzfristig - und deshalb habe ich Probleme mit diesem Instru-

ment; ich glaube, die haben wir alle in- zwischen -, es gibt ihnen zweitens keine berufliche Perspektive, es gibt ihnen allenfalls einen Beschäftigungszwischenaufenthalt.

Nun mag man sagen, das sei schon viel wert - da schließe ich mich auch an, es ist schon viel wert -; nur, ich muß die Frage daran anknüpfen: Ist das eigentlich eine vernünftige staatliche Orientierung von Arbeitsmarktpolitik, wenn ich dieses Instrument laufend ausweite? Oder gibt es nicht vielleicht andere Ansätze, die sehr viel wirksamer sind?

Ich muß eine zweite Frage anknüpfen: Ist das, was wir in vielen Bereichen mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sozusagen staatlich subventioniert machen, nicht auf der anderen Seite ein hoher Schaden gerade für die Bereiche, an denen uns in - bisher jedenfalls - betrieblich-monopolistisch strukturierten Regionen ebenfalls liegt, nämlich mittelständischen und kleinen Firmen? Schädigen wir diese nicht? Schädigen wir nicht beispielsweise Handwerksfirmen in einem Maße, das uns nicht mehr egal sein kann? Ich stelle das nur in Frage, weil es vernünftige Belege für solche Meinungsäußerungen aus meiner Sicht bisher jedenfalls noch nicht gibt. Vielleicht sollten wir deshalb auch in den Haushaltsansätzen etwas vorsichtiger sein.

Ich komme zu dem Bereich Technik. Sie haben eine Menge Geld ausgegeben, Herr Heinemann, unterstützt von der Landtagsfraktion, für die Fragestellung sozialverträgliche Technikgestaltung. Sie unterstützen mit nicht unerheblichen Mitteln die Technologieberatungsstelle des DGB in Oberhausen. Sie gründen ein Institut für Arbeit und Technik. Das klingt alles unheimlich toll. Wenn Sie es nur schafften, mit all diesen Millionen, die Sie für diese Bereiche ausgeben, die Leute hier in Nordrhein-Westfalen in der Akzeptanz von technischer Entwicklung weiterzubringen, als das anderswo ist, wäre ich ja glücklich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie tun aber - nicht das Gegenteil, das will ich nicht sagen, das wäre auch unfair - dieses eben gerade nicht mit der notwendigen Intensität. Sie tun es auch nicht mit der nötigen Glaubwürdigkeit. Sie tun es mit verhaltener Verteidigung technischen Entwicklungen gegenüber.

Ich sage Ihnen - das hat man Ihnen schon mehrfach gesagt, ich wiederhole das -: Dieses kann keine Haltung sein für ein Land, das den Aufbruch und nicht das Verharren braucht. Deshalb halte ich diese Ansätze auch

(C)

(D)

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) für falsch. Abgesehen davon, daß ich meine, die Landesmillionen könnten besser eingesetzt werden, ist es einfach schade, durch Gutachtenvergabe in Millionenhöhe Bücher zu füllen - auch das haben wir im Ausschuß sehr vernünftig diskutiert; ich wiederhole das hier -, ohne daß daraus Handlungsorientierungen erwachsen.

(Zustimmung bei der CDU - Schmidt (SPD): Richtig!)

Damit spreche ich das Problem der Kommission "Mensch und Technik" an. Diese Kommission hat aus meiner Sicht nur Sinn, wenn sie Handlungsorientierungen für das Parlament liefert,

(Beifall bei der CDU)

Kollege Schmidt - das ist schon ein hoher Anspruch; ich weiß gar nicht, ob die Kommission diesen Anspruch erfüllen wird -,

(Schmidt (SPD): Das ist richtig!)

aber diese Kommission als Voraussetzung für die Gründung eines Instituts "Arbeit und Technik" zu sehen, mache ich nicht mit.

(Schmidt (SPD): Als Begleitung!)

- Gut, als Begleitung mache ich es auch nicht mit. Ich mache es mit als Mitglied dieser Kommission. Ich möchte daraus keine weitergehenden Schlußfolgerungen gezogen wissen.

(B) Dieses Institut lehne ich ab. Ich lehne es ab, weil es sehr viel vernünftiger und wirksamer wäre, die Mittel, die man dort einsetzt, die man dort personell und sächlich bindet, den Universitäten zu geben, damit diese Forschungsschwerpunkte aufbauen können.

(Lebhafte Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Sie sind da nicht beweglich. Ich habe meine Scharmützelchen mit dem Herrn Staatssekretär in dieser Frage des öfteren gehabt; es bringt nichts. Ich will nur der Öffentlichkeit sagen: Dies wäre eine meines Erachtens wirksamere Form, wie man mit staatlichen Mitteln auch Wirkungen schafft.

Zum Krankenhausbereich! Sie haben mit Ihrer Mehrheit ein Krankenhausgesetz verabschiedet. Das ist Ihr gutes Recht. Ich halte dieses Krankenhausgesetz für denkbar schlecht.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Ich habe daraus keinen Hehl gemacht. Ich will die Krankenhausdebatte nicht wieder aufleben

lassen. Nur die Argumente und Begleitmusik nach Verabschiedung dieses Krankenhausgesetzes in einschlägigen Sachblättern - und zwar nicht von Interessengruppen, die man parteipolitisch zuordnen könnte - sind so deprimierend für Sie, daß Sie jetzt wahrscheinlich schon an der Vorbereitung einer Novellierung sitzen.

(Westermann (SPD): Dann habt ihr die verkehrte Zeitung gelesen.)

- Herr Westermann, ich pflege mich - im Gegensatz vielleicht zu Ihnen - relativ umfanglich auch mit Gegenpositionen vertraut zu machen, damit ich in der Lage bin, die Denkfiktionen nachzuvollziehen. Das ist wichtig für die Beweglichkeit des Geistes. Denktraining!

(Westermann (SPD): Es wäre interessant zu erfahren, welche Zeitung Sie gelesen haben.)

Wir können uns doch alles gegenseitig schwer oder leicht machen. Wenn Sie es schwer haben wollen, bekommen Sie es schwer.

Dieses Krankenhausgesetz führt dazu, daß die Verknüpfung von ambulanter und stationärer Versorgung in Nordrhein-Westfalen nicht in der gewünschten Form betrieben werden kann. Es führt dazu, daß eine, insbesondere auch von der Ärzteschaft, vorgeschlagene Form der Verknüpfung, nämlich das Belegarztmodell in kooperativer Form, in Nordrhein-Westfalen nicht die gebotenen Möglichkeiten erhält. Dies halte ich, abgesehen von der bürokratischen Überlastung dieses Gesetzes, für einen wesentlichen Nachteil.

Ich will mit Ihnen, Herr Heinemann, gar nicht darüber streiten, ob die vorliegenden Investitionsanträge auf Krankenhausfinanzierung überhöht sind, welches Volumen gerade richtig ist. Angesichts der vielfachen Klagen im Lande ist die Summe wahrscheinlich zu gering.

(Schmidt (SPD): Immer!)

Herr Schmidt, Sie haben das eben auch betont. Das ist insbesondere auch deshalb schade, weil von dieser Investitionssumme Anreize ausgehen könnten, insbesondere für die Bauwirtschaft, an die wir ja neben Kohle und Stahl gelegentlich einmal denken sollten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deshalb finde ich es einfach nicht richtig, daß man sagt, man habe kein Geld. Sie haben Geld; Sie geben es manchmal nur für sehr ideologisierte Zwecke aus

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

(C)

(D)

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

(A) und könnten es anderswo besser einsetzen.

(Arentz (CDU): So ist es!)

Lassen Sie mich noch ein Letztes zum Bereich Krankenhaus sagen. Der Krankenhausplan: Sie haben ein Verfahren beschlossen - Herr Präsident, ich komme zum Schluß; wenn Sie mir bitte noch diesen einen Gedanken erlauben -, was darauf hinausläuft, in einem umfänglichen Prozeß die Bedarfssituation festzustellen. Herr Heinemann, ich habe keine Redezeit mehr. Es bleibt mir nur noch, Sie zu bitten, bevor diese Bedarfssituation nicht festgestellt ist, und zwar unter Mitwirkung der dort im Gesetz Vorgesehenen -, keine schleichende Schließung und Vorwegnahme eventueller Planungsabsichten zu machen. Sie machen sich dann eines sehr intransparenten Verfahrens schuldig. Ich denke, daran kann uns allen nicht liegen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche den weiteren Beratungen einen guten Verlauf.

(Beifall bei der F.D.P. und bei einigen Abgeordneten der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Bevor ich Herrn Minister Heinemann für die Landesregierung das Wort erteile, wollte ich nur auf eines aufmerksam machen. Die Parlamentsstenographen verfügen, um die Geräusche aus dem Saal in den Protokollen wiederzugeben, über eine ganze Skala von Begriffen. "Gellendes Lachen eines einzelnen Abgeordneten" ist darin nicht vorgesehen. Ich bitte, dieses bei solchen Situationen zu berücksichtigen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(B)

(Unruhe - Nagel (CDU): Er hat doch noch gar nichts gesagt!)

Herr Minister, Sie haben jetzt das Wort!

(Anhaltende Unruhe - Lautes Lachen eines einzelnen Abgeordneten)

- Ach, schon wieder so einer! Das bekommt unser Parlamentsprotokoll nicht mit. Auf ein gellendes Lachen eines einzelnen F.D.P.-Abgeordneten sollten wir verzichten.

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst freue ich mich über Ihre fröhliche Stimmung. Ob ich sie erhalten kann, lasse ich offen.

Wenn ich die Ausführungen des Herrn Arentz betrachte, muß ich annehmen, daß Sie, Herr Arentz, über eine gute Registratur verfügen, aus der Sie ihre Rede des vorigen

Jahres herausgenommen und heute wiederholt haben. Die Reden glichen sich in vielen Punkten.

(C)

(Arentz (CDU): Aber Sie haben sich ja auch nicht geändert!)

Sie haben lediglich nicht die Zehn-Betten-Zimmer und die eine Toilette für 40 Personen erwähnt; ansonsten haben Sie alles wiederholt.

(Frau Robels (CDU): Es hat sich auch nichts geändert, Herr Minister!)

Lassen Sie mich Ihnen mitteilen, daß ich angesichts der Finanzsituation der Länder - nicht nur unseres Landes - sehr froh darüber bin, Ihnen hier und heute eine Steigerung des Sozialhaushalts um 6,5 % gegenüber einer Steigerung von 1,9 % im Gesamthaushalt vorschlagen zu können.

(Arentz (CDU): 120 Millionen DM mehr für Asylbewerber und 100 Millionen DM mehr für die Fahrtkosten der Stadt)

Herr Arentz hat ein Stichwort zu einem Themenkomplex gegeben, den ich im Grunde heute gar nicht anschneiden wollte. Ich tue es jetzt aber und will mich mit wenigen Worten mit Ihrem Bundesarbeitsminister beschäftigen. Ich werde den Bundesarbeitsminister auch nicht beschimpfen, sondern nur versuchen klarzustellen, was von seinen Worten wirklich in Taten umgesetzt wird.

(D)

(Arentz (CDU): Das stimmt nicht!)

Im Sprücheklopfen ist er Deutscher Meister, in den Taten Kreisklasse. Wenn es dafür eine Olympiade gäbe, sollten wir ihn zum Wettbewerb im Sprücheklopfen schicken; darin hat er Medaillenchancen.

Es kann doch nicht angehen, die Ausführungen des Herrn Arentz zu dem Verhalten Herrn Blüms gegenüber den Stahlarbeitern unbeantwortet zu lassen. Ich war dreimal in Rheinhausen,

(Arentz (CDU): Sie haben aber nichts getan!)

wo die Stahlarbeiter das Erscheinen von Herrn Blüm gefordert haben. Hören Sie sich doch einmal die Meinung der Stahlarbeiter an, und hören Sie sich einmal die Meinung in seinem Wahlkreis an, wo man ihn kennt und

(Minister Heinemann)

- (A) wo er mit 29 % der Stimmen am schlechtesten abgeschnitten hat.

(Arentz (CDU): Das ist so billig wie nur was! Das ist der ganze Heinemann!
- Frau Hieronymi (CDU): Ein dummes Argument! Ein wirklich dummes Argument! - Weitere Zurufe von SPD und CDU)

Die Menschen wissen, ob man ihm, wenn man ihn kennt, auch noch das Vertrauen schenken kann.

Ich möchte Sie, Herr Arentz, daran erinnern, wie Sie oder Herr Blüm versuchen, in der Öffentlichkeit klarzumachen, was Herr Blüm für die Arbeitsplätze tut. Das zeigt Ihre Methode. Wenn man dann etwas klarstellt, beschweren Sie sich darüber, daß man der Öffentlichkeit die Wahrheit sagt.

(Arentz (CDU): Klarstellen nennen Sie das? - Frau Hieronymi (CDU): Sie vergiften das Klima! - Arentz (CDU): Sie reden immer über dasselbe Thema! - Weitere Zurufe von der CDU)

Hören Sie jetzt sehr gut zu, wie Herr Blüm angeblich etwas für die Arbeitnehmer bzw. die Arbeitslosen tut.

(Frau Hieronymi (CDU): Wir sind nicht beim SPD-Ortsverein!)

- (B) Da lese ich, daß Herr Blüm bei Bayer die Bereitstellung von 500 Arbeitsplätzen für Arbeitslose erreicht habe.

(Frau Hieronymi (CDU): Wie viele haben Sie denn geschaffen?)

Aber Herr Blüm hat keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen. Herr Blüm war bei Bayer und hat mit Herrn Strenger gesprochen. Er war in einer anderen Angelegenheit dort, und in diesem Zusammenhang hat Herr Strenger ihm mitgeteilt, daß Herr Scheider ihn angerufen habe mit der Bitte, 500 Menschen zu übernehmen.

Präsident Denzer: Herr Minister, führen Sie ihren Satz ruhig zu Ende, aber ich wollte Sie bitten, zu erklären, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen wollen oder nicht.

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich möchte dieses zunächst zu Ende führen. Dann kann ich Zwischenfragen zulassen.

Herr Scheider hat ihn gebeten, 500 Arbeitnehmer zu übernehmen. Herr Strenger hat

ihm geantwortet: ja, unter den Voraussetzungen Flexibilität, Schichtbetrieb und Ausbildungsqualifizierung mit abschließender Prüfung. Herr Blüm war später da, und Herr Strenger hat ihm das dann so erzählt. Eine halbe Stunde danach - so hat mir Herr Strenger berichtet - liege ihm diese dpa-Meldung auf dem Tisch. Er sei der Auffassung, der Blüm habe diese schon in der Tasche gehabt und abgesetzt. In Wirklichkeit ist es hierum gar nicht gegangen.

(Schmidt (SPD): Das ist ein dicker Hund!)

Dasselbe geschah ja im Falle der 50 Arbeitsplätze bei Henkel. Bei Henkel gab es ein Gespräch zwischen Bayer und Henkel. Man verständigte sich auf 50. Herr Blüm hat es dann wieder so dargestellt, als habe er es für die Arbeitnehmer getan.

(Schmidt (SPD): Eine Schlagzeile produziert!)

Das ist ein Vortäuschen falscher Tatsachen gegenüber der Bevölkerung, das auf Dauer bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht ankommt.

(Beifall bei der SPD - Arentz (CDU): Herr Heinemann, wir wären glücklich, wenn Sie nur die Hälfte von dem täten, was der Blüm tut! Sie schaffen es ja nicht! Sie entmutigen die Leute!)

- Ich will Ihnen einmal etwas sagen, Herr Arentz: Mit großen Sprüchen und großen Reden wird man nicht Politik machen. Ich bin Jahr für Jahr um Ausbildungsplätze bei Betrieben hausieren gegangen. Ich habe in vielen Einzelfällen zusätzliche Ausbildungsplätze für junge Menschen erreicht. Ich würde mich schämen, für jede drei oder fünf Ausbildungsplätze, die ich geholt habe, die Presse zu bemühen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Blüm muß doch dem Herrn Strenger gar nicht mehr unter die Augen treten können. So verstehe ich Politik nicht, mich nämlich mit fremden Federn zu schmücken und dann in der Öffentlichkeit in dem Sinne noch falsch zu berichten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Herr Minister, darf ich Sie daran erinnern - es ist Ihre freie Entscheidung -: Es gibt noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dautzenberg.

(Minister Heinemann: Bitte!)

- Herr Dautzenberg, Sie haben das Wort.

(C)

(D)

(A) Dautzenberg (CDU): Herr Minister Heinemann, teilen Sie die gestrige gemeinsame Auffassung Ihres Ministerpräsidenten, wo er betonte, daß dieses Ziel in der Kohlerunde am 11. Dezember durch gemeinsame Anstrengungen erreicht worden sei, und können Sie sich auch daran erinnern, daß Herr Blüm an dieser Kohlerunde beteiligt war?

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Natürlich teile ich diese Auffassung, und zwar ist das in Gemeinsamkeit erreicht worden. Herr Arentz hat aber behauptet: Das hat Herr Blüm gemacht. Es gibt einen gewaltigen Unterschied zwischen dem, was Sie hier sagen, und den Worten von Herrn Arentz.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt will ich Ihnen, Herr Arentz, einmal verdeutlichen, wie ich mir Politik für die Arbeitnehmer vorstelle, wo man helfen kann.

Präsident Denzer: Herr Minister, ich darf Sie noch einmal unterbrechen.

(Minister Heinemann: Herr Präsident, wenn ich mit 15 Minuten hinkommen muß - eventuell für zwei Beiträge -, kann ich das nicht zulassen.)

- Sie müssen genauso wie alle Abgeordneten mit 15 Minuten zurechtkommen.

(B) (Minister Heinemann: Dann kann ich das nicht, weil bei jeder Zwischenfrage Zeit verlorenght.)

- Gut, ist erledigt.

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich habe im Bundesrat einen Gesetzentwurf zum Abbau von Überstunden, der beschäftigungswirksam ist, vorgelegt und Herrn Blüm unterbreitet.

(Arentz (CDU): Fangen Sie doch einmal bei der Landesregierung an! Immer nur Forderungen an andere, das ist Ihre Methode!)

Herr Blüm hat mir gesagt: Sie haben ja recht, aber das sollen die Tarifpartner machen.

(Frau Hieronymi (CDU): Aha!)

Sie wissen genau, daß die Tarifpartner hierzu nicht in der Lage sind. Blüm hat darauf mit Nein geantwortet, obwohl Herr Franke meinte, 200 000 Menschen könne man in Arbeit bringen.

Ich habe Herrn Blüm im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Leiharbeit, zur Einschränkung der Leiharbeit bzw. der Bekämpfung der illegalen Leiharbeit, vorgelegt. Herr Blüm hat wiederum nein gesagt. (C)

(Dreyer (CDU): Ein untauglicher Entwurf!)

- Herr Dreyer, das mag ja Ihre Meinung sein. Ich bin Ihnen dankbar für jede bessere Anregung, die Sie geben. Ich verspreche Ihnen: Ich nehme sie auf. Von Alternativen höre ich von Ihnen aber nichts.

Sie sagen hier, die Gewerbeaufsicht sei so schlecht besetzt und komme ihren Pflichten nicht nach. Das einzige Land der Bundesrepublik Deutschland, das bei der Bekämpfung der illegalen Leiharbeit eine Sondergruppe mit großem Erfolg - beim Gewerbeaufsichtsamt in Duisburg - eingesetzt hat, ist Nordrhein-Westfalen. Die Arbeitgeberfunktionäre beschimpfen mich, da würde das Klima versaut. Ich bedaure, daß Sie sich auch noch zum Sprecher der Arbeitgeberfunktionäre machen, wenn es um die Interessen der Menschen in Betrieben geht.

(Beifall bei der SPD - Arentz (CDU): Sie begreifen aber auch gar nichts!)

Sie und auch Herr Schaumann haben das Problem der Krankenhäuser angesprochen. Natürlich könnten wir im Krankenhausbereich eine ganze Menge an Investitionen mehr gebrauchen. Wenn ich die Summen sehe, daß wir in fünf Jahren fast 3 Milliarden DM an Investitionen gegeben haben, ist es auch falsch, nur ein Jahr zugrundezulegen. Machen wir doch einmal den Vergleich mit Bayern über die letzten 15 Jahre. Sie werden dann feststellen, daß hier, wie in vielen Bereichen, Nordrhein-Westfalen an der Spitze steht. Ihr ständiges Kaputtreden des Landes entspricht nicht der Situation im Lande. (D)

(Beifall bei der SPD)

Wir könnten natürlich 1 Milliarde DM mehr geben. Dann kämpfen Sie doch mit mir darum, daß die unsoziale Steuerreform in dieser Form nicht kommt.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, daß Ihnen dieses Thema nicht schmeckt, weil Sie bei der Bevölkerung auch in dieser Frage kein Vertrauen gewonnen haben.

(Beifall bei der SPD)

(Minister Heinemann)

- (A) Wenn ich mir Herrn Arentz und sein Engagement für Herrn Blüm vor Augen führe: Sie hätten gestern einmal "Monitor" sehen sollen. Sie hätten gestern die Menschen in "Monitor" einmal hören sollen. Da lief es einem eiskalt den Rücken herunter, welche Folgen die Ärmsten der Armen durch die sogenannte Strukturreform, die lediglich wiederum eine Verlagerung von unten nach oben ist, tragen und wie sie ihre Sorgen vorgetragen haben.

(Beifall bei der SPD - Arentz (CDU): Das ist eine Frechheit! Unmögliches Verfahren!)

Jetzt ein Letztes - dann möchte ich mich mit Herrn Schaumann beschäftigen. Was ist es denn für eine Politik, wenn sich der Bundesarbeitsminister, weil er meint, das sei populär, mit den Zahnärzten öffentlich auseinandersetzt, gleichzeitig ins Kabinett geht und für die privaten Krankenversicherungen eine Gebührenordnung beschließt, die 180 Millionen DM durch die privat Krankenversicherten zusätzlich in die Kassen der Zahnärzte bringt? Dafür lassen die sich gerne beschimpfen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Schaumann, darf ich Ihnen sagen, daß ich mich darüber gefreut habe, daß ich wenigstens etwas richtig mache, weil ich Sie als einen objektiven Menschen einschätze. Wenn ein Freier Demokrat wie Sie mir allerdings sagt, ich hätte alles richtig gemacht, müßte ich wirklich fragen, ob ich am richtigen Platz bin.

(B)

(Lachen bei F.D.P. und CDU)

Ich muß anmerken, daß ich schon in der sozial-liberalen Koalition mit vielen Vorstellungen Ihrer Partei sehr viele Probleme, die sich mit Sicherheit jetzt nicht abgebaut haben, hatte.

Sie haben einige konkrete Fragen angesprochen. Wenn ich mich zu etwas in der Öffentlichkeit äußere, dann habe ich die Überzeugung, daß ich den richtigen Weg gehe, bin aber jederzeit bereit, in Diskussionen über die Sache zu sprechen und mich auch zu korrigieren, wenn ich zu der Auffassung komme, daß mein Weg falsch ist. Wer Politik ohne Überzeugung macht, der sollte entweder aus der Politik wegbleiben, oder er kann für jede Richtung Politik machen,

(Beifall bei der SPD)

weil er dazu keine Überzeugung zu haben braucht, sondern nur das eine oder andere vertreten muß, was man ihm vorsagt.

- Sie haben die GIB angesprochen - das ist eine Beratungsgesellschaft. Sie haben uns einmal geraten, wir sollten uns etwas Neues einfallen lassen. Tun wir das, dann wird es kritisiert. Hier wollen wir denen Beratung geben, die versuchen, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen. (C)

(Arentz (CDU): Das hätten Sie besser den Wohlfahrtsverbänden gegeben!
- Frau Hieronymi (CDU): Warum haben Sie das denn nicht den Wohlfahrtsverbänden gegeben?)

Wenn sich einer als Handwerker selbständig macht, findet er an vielen Stellen Unterstützung und Beratung, was jene Menschen nicht haben. Hier müssen wir mit öffentlichen Mitteln helfen, wie es auch bei anderen geschieht.

Ich bin auch Ihrer Meinung, es wäre besser, wir bräuchten keine ABM-Unterstützungen, weil das immer dazu führt, daß man nach zwei Jahren wieder arbeitslos ist. Ich kann nur wiederholen: Natürlich Investitionen im Krankenhausbereich! Ich könnte noch eine Menge aufzählen. Investitionen in vielen Bereichen können sinnvolle Dauerarbeitsplätze schaffen, und wir bräuchten ABM nicht in dem Maße. Aber dann muß man auch darlegen, wie es finanziert werden kann. Dazu habe ich vorhin ausgeführt, wie ich mir das vorstelle.

(Frau Hieronymi (CDU): Statt Zinsen!
- Gregull (CDU): Keine ideologischen Spielchen!) (D)

Zum Krankenhausgesetz möchte ich bemerken: Ich denke an keine Novellierung. Wir legen zu dem Zeitpunkt Rechenschaft ab, zu dem man übersehen kann, welche Folgen dieses Gesetz hat.

Ich frage mich allerdings bei mancher Diskussion, die Sie zu diesem Thema hier führen, ob Ihnen wirklich die Patienten oder vielleicht nur einige Beschäftigtengruppen, die nicht zu den Armen gehören, am Herzen liegen, wenn Sie jedesmal die Belegärzte anführen. Ich will sie gar nicht verhindern, damit wir uns nicht mißverstehen. Lieber Herr Kollege Schaumann, ich will sie gar nicht verhindern, da, wo es sinnvoll ist. Ich bin gegen Belegarzttourismus, wenn ich es einmal so bezeichnen darf, wo versucht wird, aus entfernteren Gebieten unseres Landes Krankenhausabteilungen zu füllen, was einer sinnvollen Krankenhausplanung dann entgegensteht.

(Minister Heinemann)

(A) Ich bedaure, daß meine Redezeit beendet ist.

(Wagner (CDU): Das war ein Armutszugnis!)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Beteiligung. Ich bin es mittlerweile bei Ihnen gewohnt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Wenn meine Rednerliste noch stimmt, dann folgt jetzt Herr Abg. Rösenberg von der Fraktion der CDU.

(Rösenberg (CDU): Selbstverständlich, wenn Sie rufen, dann komme ich.)

- Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Rösenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man sagt allgemein, die Haushaltsberatungen seien die Stunde der Opposition.

(Zurufe von der SPD: Heute nicht!)

Sicher sind Haushaltsberatungen auch die Stunde der Regierung. Ich meine nur, daß diese Rede nicht dazu angetan war, besonders diesen Gesichtspunkt herauszustellen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Herr Minister, es war keine Sternstunde.

(Jankowski (SPD): Lassen Sie die Bewertung doch sein!)

Ich will mit meinen Ausführungen keine Schwarzweißmalerei betreiben,

(Zuruf von der SPD: Schwarzmalerei!)

nämlich dahingehend, daß all das, was die Landesregierung sagt, aus der Sicht der Opposition falsch ist, und das, was die Opposition sagt, aus der Sicht der Landesregierung falsch ist. Das bringt uns in diesem Hause nicht weiter und ist insbesondere für die Bevölkerung völlig unglaubwürdig.

Deshalb will ich mit einem Punkt beginnen, von dem ich meine, daß wir Gemeinsamkeiten erkennen und Gemeinsamkeiten mittragen. Das muß man auch im Rahmen einer parlamentarischen Auseinandersetzung erwähnen.

Ich meine die vom Haushalts- und Finanzausschuß beschlossenen zusätzlichen Mittel für die Schaffung neuer Kindergartenplätze.

(C) Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß dieses Thema und die Notwendigkeiten der Schaffung zusätzlicher Kindergartenplätze durch die Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion zur Situation der Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen in den Mittelpunkt der politischen Debatte und Auseinandersetzungen gekommen ist.

(Beifall bei der CDU)

Diese Landesregierung ist immer recht euphorisch und mutig durch das Land gezogen, um darzustellen, welchen Erfolg sie hinsichtlich der Quotierung von 75 % nach dem Kindergartengesetz habe. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß dies nicht die Realität im Lande ist, daß uns signalisiert worden ist, daß in weiten Teilen des Landes ein Bedarf an zusätzlichen Kindergartenplätzen besteht. Die Antwort der Landesregierung selbst hat deutlich gemacht, daß wir recht hatten, daß hinsichtlich der tatsächlichen Nachfrage in Wohnbereichen 88 000 Kindergartenplätze im Lande fehlen. Trotz dieser Aussagen haben Sie in den letzten Jahren noch zu Kürzungen in diesem Bereich der investiven Mittel beigetragen. Wir finden es gut, und das bringen wir auch zum Ausdruck, daß Sie unserer politischen Forderung nun nachkommen und zusätzliche Mittel für den Bau neuer Kindertageseinrichtungen bereitstellen.

(D) Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, Ich unterbreche Sie einmal. Verehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn die Geräuschkulisse ein paar Dezibel niedriger wäre. Das würde uns allen gut tun. Danke schön! - Sie haben weiterhin das Wort, Herr Abgeordneter.

Rösenberg (CDU): Diese von uns zu begrüßende Entscheidung kommt für viele Kinder zu spät, aber insgesamt, was die Zukunft betrifft, noch nicht zu spät. Wir werden alles daransetzen, auch vor Ort nun diese Signale im Interesse der Kinder zu verdeutlichen, die auf zusätzliche Plätze warten.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zu den Beratungsdiensten in NRW. Ich darf vielleicht das in Erinnerung rufen, was der Minister in seiner Rede im Ausschuß zu der Situation der Beratungsdienste in Nordrhein-Westfalen verdeutlicht hat. Er hat beschrieben, daß das flächendeckende Angebot an Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen befriedigend sei. Er muß nur eines hinzufügen, und ich möchte das im Rahmen dieser Haushaltsberatungen sagen: 1980 war

(Rüsenberg (CDU))

- (A) das Land Nordrhein-Westfalen noch in der Lage, 49 % des Personalanteils des Trägers als Zuschuß zu übernehmen, 1985 waren das nur noch 41 %, und 1988 sind das lediglich noch 39 %. Das können Sie nicht nach Bonn lenken, wie Sie das permanent versuchen, sondern hier stehen Sie in der Verantwortung Ihrer eigenen Politik.

(Beifall bei der CDU)

Flächendeckendes Angebot: Wir vom Arbeitskreis haben mehrere Beratungsdienste im ländlichen Raum besucht, und wir stellen fest, daß es im Interesse der betroffenen Menschen, nämlich nach dem Prinzip, zu den Menschen hinzugehen, die sich in Not befinden und der Hilfe bedürfen, nötig ist, die Beratungsangebote mehr denn je zu dezentralisieren. Wenn die Träger dies tun, entsteht ein zusätzlicher kostenmäßiger Aufwand, und insoweit fordern wir im Hinblick auf die Verwirklichung dieser mehr dezentralen Beratungsangebote insbesondere einen Bonus für den ländlichen Bereich.

Wir unterhalten uns über Schuldnerberatungsstellen und sind auf dem Weg, auch für die Plenardebatte im Januar/Februar vielleicht zu einem gemeinsamen Antrag hier zu kommen. Aber es geht nicht an - das wird mit Sicherheit der entscheidende Punkt sein -, daß die SPD im Landtag permanent von der Notwendigkeit ergänzender Angebote, auch Schuldnerberatung, spricht und die Aufgabenübernahme und damit die Kosten, die entstehen, den Trägern überläßt, sei es im kommunalen Bereich oder sei es bei den freien Trägern. Hier hat das Land nach unserer Auffassung eine eigenständige Verantwortung, die es bitte wahrnehmen möge.

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zu den Frauenberatungsstellen - die Frau Staatssekretärin kann nicht hier sein -: Wir unterstützen die Errichtung von Frauenberatungsstellen. Wir meinen, eine Ungerechtigkeit bei den Haushaltszahlen feststellen zu müssen. Ich nannte die Zahl der Übernahme von Personalkosten bei den anderen Beratungsangeboten von 39 %. Die Frauenberatungsstellen werden mit 80 % gefördert, 40 % aus dem Haushalt 07 und noch einmal 40 % aus dem Bereich der Staatskanzlei. Das ist gegenüber den anderen nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der CDU - Frau Hieronymi (CDU): Keine Bevorzugung!)

Meine Damen und Herren, ich darf zu diesem Bereich der Beratungsstellen aus dem Bericht des Ministers zitieren. Wo er die veränderten

- (C) gesellschaftspolitischen Entwicklungen beschreibt, heißt es - ich nehme diese Aussage sehr ernst -:

Diese Entwicklungen in der Gesellschaft lassen sich als Teil einer allgemeinen Emanzipationsbewegung verstehen. Der Befreiung von Abhängigkeiten und Einseitigkeiten steht aber gegenüber, daß vielerlei gesellschaftliche Übereinkünfte weggefallen sind, die für zahlreiche Menschen auch stützend und stabilisierend gewirkt haben. Dies aus Eigeninitiative in bewußter Lebensgestaltung auszugleichen, bietet vielen Menschen Schwierigkeiten. Nicht nur Ratlosigkeit und Lebensangst, Erziehungsschwierigkeiten und Orientierungslosigkeit sind die Folge, sondern auch psychische Krankheiten, Sucht, Alkoholismus, Medienmißbrauch, selbst die Entwicklung in die Kriminalität müsse mit diesen Veränderungen in Verbindung gebracht werden.

Sie, Herr Minister, sprechen einen sehr wichtigen Punkt in diesem Zusammenhang an. Es war oft auch Grundlage der Debatte im Landtag. Wir haben diskutiert die falsche Zielrichtung der Emanzipationstheorie im verzerrten Sinne der Konflikttheorie, die antiautoritäre Erziehung der 70er Jahre, die in Teilbereichen mit deutlicher Unterstützung der Sozialdemokraten Einmündung in viele Bildungseinrichtungen gefunden hat, und heute beklagen Sie die Ergebnisse, die Sie selbst mit auf den Weg gebracht haben.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Landesjugendplan: Der Landesjugendplan hat sich nach unserer Auffassung als Instrument der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen bewährt, und er soll Ausdruck der Verantwortung sein, die das Land der Jugendpolitik zumißt. Er zeigt inhaltsmäßig die Schwerpunkte der Jugendarbeit auf, und wir meinen, daß bei ihm in der Wahrnehmung der Aufgabenstellung eine ausreichende Mittelbereitstellung erfolgen soll. Wir stellen aber in der Bewertung des Basisjahres 1980 fest, als Sie nach dem Wahlsieg die absolute Mehrheit im Landtag hatten und auch durch den Landesjugendplan 1980 jugendpolitische Signale nicht nur mittel-, sondern langfristig setzen wollten, daß Sie der Jugendarbeit im Lande Nordrhein-Westfalen bis 1988 insgesamt 480 Millionen DM entzogen haben, ein Ausdruck der unverantwortlichen Politik dieser Regierung.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Frau Hieronymi (CDU): Ungeheuerlich!)

(Rüsenberg (CDU))

- (A) Sie denken jetzt darüber nach, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Herr Heckelmann, ob man eventuell Fördermechanismen ändert, ob man dazu kommt - Sie finden den Einstieg bei der offenen Jugendarbeit -, nun Verantwortungsbereiche auf die örtliche, auf die kommunale Ebene zu verschieben. Wir sind prinzipiell gegen die Veränderung der Struktur des Landesjugendplanes, auch gegen Veränderung von Förderungsmechanismen. Warum? Weil das Instrumentarium des Landesjugendplans auch in der positiven Steuerung von Jugendpolitik in dem Maße nicht mehr wirksam werden kann.

Sie verlagern Verantwortungszuständigkeiten dieser Landespolitik auf die kommunale Ebene, und - ich sage Ihnen das -, mittelfristig gedacht, verlagern Sie auch den Ärger, der entsteht, auf die kommunale Ebene, und Sie sind aus dem Schneider, Sie entziehen sich der jugendpolitischen Verantwortung und sagen: Die im kommunalen Bereich sind zuständig.

(Beifall bei der CDU)

§ 22 des Jugendwohlfahrtsgesetzes umschreibt ganz konkret auch die Aufgabenstellung des Landes Nordrhein-Westfalen in diesem Zusammenhang.

- (B) Wir erwarten mit Spannung den 5. Jugendbericht und erwarten in diesem Zusammenhang die Antwort, die Sie auf diese Fragestellung geben. Sie schreiben in dem 4. Jugendbericht - bald kommt der fünfte -: "Diese Maßnahmen", nämlich die jugendpolitischen Maßnahmen, "können jedoch wegen der angespannten Situation des Landeshaushalts," - jetzt kommt es - "die sich auch in den kommenden Jahren nicht verbessern wird ...". Sie schreiben also, daß sich die Situation des Landeshaushalts auch in den kommenden Jahren nicht verbessern wird. Als Sie das geschrieben haben, hatten wir das Jahr 1982, und da regierte noch nicht die CDU in Bonn, und da konnten Sie noch nicht die Schuld gen Bonn lenken.

(Beifall bei der CDU)

Das haben Sie in weiser Erkenntnis - da haben Sie in der Beurteilung recht - an die eigene Landesregierung weiter signalisiert, und das ist in der Tat auch eingetreten.

Sie fordern dann die Rückbesinnung auf die Formen der Selbsthilfe. Ja, bitte, meine Damen und Herren! Dann aber sollten wir den Appell, zu Formen der Selbsthilfe zurückzukehren, nicht nur zu Zeiten des knappen Geldes erheben, sondern weil das ein Grund-

prinzip ist, das wir aufgreifen und auch zu fördern haben. Dann müssen wir als Politiker all denen, die in der Jugend- und Sozialarbeit ehrenamtlich tätig sind, auch einmal den Dank aussprechen, diesen jungen Menschen, die nicht Null-Bock-Mentalität haben, die nicht aussteigen aus dieser Gesellschaft, sondern die einsteigen und ihre Pflicht gegenüber dem Gemeinwohl erfüllen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Sie haben beim Landesjugendplan 2,7 Millionen DM daraufgelegt. Aber trotzdem stellen wir fest, daß es auch in diesem Jahr gegenüber dem letzten Jahr - ich nehme die Jugendberufshilfe mit 21 Millionen DM einmal heraus - zusätzlich im originären Bereich zu einer Kürzung von 7,6 Millionen DM gekommen ist. Das ist kein Anlaß, nun euphorisch durchs Land zu gehen und positive Signale im Hinblick auf den Landesjugendplan zu verkünden, wie das in dem Schreiben des Herrn Grätz als des Parlamentarischen Geschäftsführers in der Darstellung des Landesjugendplanes deutlich wird.

Herr Minister, zum Jugendschutz! Ich darf Sie zitieren; in der Einbringungsrede für die Ausschußsitzung am 8. Oktober 1987 schreiben Sie:

Für die Förderung von Jugendschutzmaßnahmen und für die Anstellung von ausgebildeten hauptamtlichen Jugendschutzfachkräften im örtlichen Bereich sind für 1988 insgesamt 1,2 Millionen DM ausgewiesen. (D)

Die SPD-Fraktion hat Sie mit dieser Aussage im Stich gelassen. Inzwischen ist Beschluslage, daß die Zuschüsse für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe - sprich: Jugendschutzfachkräfte, 12 000 DM jährlich - auf null gesetzt worden sind. Wo bleiben Sie in der Glaubwürdigkeit Ihrer Aussage, die Sie vor wenigen Wochen hier im Landtag gemacht haben?

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist doch ein weiteres Beispiel - unabhängig, Herr Kollege Leifert, von der Diskussion um das Gemeindefinanzierungsgesetz -, wo man auf der Ebene der Kommunen Milliarden entzieht. Dies ist wiederum ein praktisches Beispiel, bei dem man sagt: Allzuständigkeit der Kommunen, weil dieses Land nicht mehr in der Lage ist, eine wichtige politische Aufgabe eigenverantwortlich wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

(Rüsenberg (CDU))

- (A) Wir stellen daher in unserer Entschlieung fest, daß mit der Realisierung des Landesjugendplans die eigentlich originäre Aufgabenstellung nicht mehr erfüllt werden kann. Sie haben inzwischen zu unserem Entschließungsantrag einen eigenen Änderungsantrag gestellt. Ich finde das schon höchst interessant. Sie schreiben, kein anderes Land in der Bundesrepublik - in Einzelbereichen oder insgesamt - habe auch nur annähernd ein vergleichbares Förderprogramm entwickelt wie NRW. Sie schreiben, der Landesjugendplan 1988 stelle angesichts der enormen finanziellen Schwierigkeiten des Landes eine gewaltige Leistung dar. Eine gewaltige Leistung sind Ihre Kürzungen von 1980 bis heute um ca. 480 Millionen DM!

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn ich das so nehme, wie Sie das in Ihrem Entschließungsantrag deutlich machen, dann müßten wir doch heute im positiven Sinne gemeinte Protestdemonstrationen der Jugendverbände im Lande vor dem Landtag haben. Wenn ich das ernst nehme, müßten die Jugendverbände ob der tollen Leistungen dieser Landesregierung Fackelzge veranstalten. Wir vernehmen aber etwas anderes: Besorgnis über die weitere Entwicklung der Jugendpolitik im Lande unter der Verantwortung dieser Regierung!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Rsenberg, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hellwig?

Rsenberg (CDU): Ich sehe gerade, Herr Präsident: Meine Redezeit scheint beendet zu sein. Ich will daher zum Schluß kommen.

Wir können diese Anträge der SPD am Freitag in der Abstimmung nicht unterstützen. Wir stellen fest - und das wird ja in Ihrem Entschließungsantrag deutlich -, daß Sie alles wieder in die Verantwortung des Bundes geben und daß auch nicht ein einziger Appell in Ihrem Antrag enthalten ist, wo die eigentliche Aufgabenstellung dieser Landesregierung denn nun liegt. Insoweit, meine Damen und Herren: Nicht der Blick nach Bonn ist in dieser Stunde gefragt, sondern die Fragestellung an die Sozialdemokraten des Landes Nordrhein-Westfalen ist die, wie sie die Gestaltung der Familienpolitik und der Jugendpolitik selbst sehen - und diese Sicht ist für uns enttäuschend.

Ich darf mit einem Zitat des Ministerpräsidenten abschließen, um dieser Schwarzweimalerei "Bonn nein" oder "Bonn ja" und "wir

nicht" oder "wir doch" ein Ende zu machen. Er sagte vor der SPD-Fraktion am 4. Mai 1987: "Für die Landespolitik tragen wir allein die Verantwortung." Dem ist nichts hinzuzufügen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Heckelmann für die Fraktion der SPD das Wort.

Heckelmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit das Argument nicht verlorenggeht, will ich mit einem Vorwurf beginnen, mit dem Herr Rsenberg geschlossen hat, nämlich mit dem Hinweis, daß wir gegenüber dem Regierungsentwurf, vertreten durch den Minister, eine Kürzung im Bereich des Jugendschutzes vorgenommen und dort im Ansatz 1,09 Millionen DM - nicht 1,2 Millionen DM - gestrichen haben.

Ich sage noch einmal deutlich: Aus unserer Sicht ist das keine Entscheidung gegen den Jugendschutz, sondern ein Auslaufen einer Anreizfinanzierung. Jugendschutz ist eine Pflichtaufgabe der örtlichen Jugendämter. Mit Hilfe der Landesförderung wurden in der Vergangenheit mit dieser Anreizfinanzierung viele Jugendämter angeregt, diese Aufgabe wirkungsvoll wahrzunehmen. Das hat immerhin, wie Sie richtigerweise bemerkt haben, bei den Jugendämtern zur Anstellung von 77 Jugendschutzfachkrften geführt.

Wir haben in diesem Haushalt - ich werde das gleich noch einmal darlegen - einen anderen Schwerpunkt gesetzt und gehen davon aus, daß in Zukunft diese Aufgabe selbst ohne Landesförderung erfüllt wird und als Pflichtaufgabe der Jugendämter auch erfüllt werden kann.

Das Kapitel über die Jugend- und Familienförderung im Einzelplan 07 schließt nach der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses mit 938,37 Millionen DM ab.

Das ist gegenüber dem Jahre 1987 eine Steigerung um 67 Millionen oder rund 7 %. Angesichts der finanzpolitischen Lage des Landes und angesichts der mangelnden Hilfe - ich sage das ganz bewußt und deutlich - durch den Bund, über die hier ja schon eingehend gesprochen worden ist, ist dies eine bemerkenswerte Leistung. Ich gehe sogar weiter, indem ich sage: eine bemerkenswerte Schwerpunktsetzung.

(Hellwig (SPD): Sehr gut! - Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Heckelmann (SPD))

- (A) In der Diskussion der letzten Wochen und besonders in der Diskussion im Ausschuß hat die CDU behauptet, dieser Haushalt werde der Jugend- und familienpolitischen Aufgabenstellung des Landes nicht gerecht, wie dies auch teilweise zumindest herauszulesen ist aus der vorgelegten EntschlieÙung. Viele Ihrer Argumente, die wir ja nun seit einiger Zeit kennen - nicht nur aus den Wahlkämpfen, sondern auch aus Ihrer Betrachtungsweise der letzten drei Jahre zum Haushalt - leben nach meiner Ansicht hauptsächlich von zwei Verdrehungen: erstens von der permanenten Vermischung von Bundes- und Landesaufgaben und zweitens von der utopischen Maximalforderung in einigen Leistungsbereichen, wo wir nach wie vor erheblich mehr tun als jedes andere Bundesland. Wie solche Utopien haushaltsmäßig seriös umzusetzen sind, haben Sie uns in den letzten Jahren im Ausschuß und auch hier im Plenum nie sagen können. Weil Ihnen aber offenbar jetzt nichts dazu einfällt, auch nichts einfallen kann, verzichten Sie in dieser Lesung des Haushalts ebenfalls auf spezielle Haushaltsanträge zur Jugend- und Familienpolitik und beschränken sich auf Ihre EntschlieÙung. Aber dazu werde ich am Schluß noch etwas sagen.

(Rüsenberg (CDU): Die haben Sie schon abgelehnt.)

Ich finde, besonders sachlich und seriös ist das nicht, auch nicht fachlich, und von daher nicht politisch.

(B)

Wir haben in dieser Haushaltsdebatte mehrfach über Arbeitslosigkeit gesprochen. Arbeitslosigkeit ist die zentrale Krisenerscheinung unserer Gesellschaft, die auch den Bereich Jugend und Familie empfindlich trifft. Nach einer Studie der Fachhochschule Dortmund sind bundesweit mindestens 1,4 Millionen Kinder und Jugendliche unmittelbar von der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern betroffen. Eheprobleme häufen sich in diesen Familien. Die Kinder leiden darunter.

(Zuruf des Abg. Gregull (CDU))

- Bundesweit, habe ich gesagt, Herr Kollege Gregull.

(Gregull (CDU): Wir leben in Nordrhein-Westfalen.)

Bundesweit sind über eine halbe Million junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. Sie werden um ihre Zukunftschancen betrogen. Diese Sorgen sind dann auch Sorgen der gesamten Familie und zugleich die Sorgen nordrhein-westfälischer Familien.

(C) Immer häufiger geraten Familien durch Langzeitarbeitslosigkeit in finanzielle Schwierigkeiten, die kaum lösbar sind, und werden von der Sozialhilfe abhängig. In dieser Situation wird die CDU nicht müde, uns ein Landesfamiliengeld und die Einrichtung einer Landesstiftung "Mutter und Kind" als familienpolitisches Allheilmittel zu empfehlen.

Meine Damen und Herren! Die großen sozialen Sicherungssysteme sind wegen der finanzpolitischen Größenordnung und der Verschränkung zwischen Sozial-, Arbeits- und Steuerrecht Bundesangelegenheit. Der Familienlastenausgleich ist also aus gutem Grund Bundessache, und zwar einschließlich Elternurlaub, Erziehungsgeld und Rentenanwartschaften.

(Gregull (CDU): Denken Sie mal an die Landesverfassung!)

Die finanzielle Beteiligung von Familien und Kindern ist nach Feststellungen der "Deutschen Liga für das Kind" in der jüngsten Vergangenheit noch eher gewachsen. Auch darüber haben wir uns im Ausschuß schon eingehend unterhalten, Herr Kollege Gregull.

Wir haben keinen Familienlastenausgleich, der diesen Namen wirklich verdient. Geringverdienende Familien mit Kindern bewegen sich ständig am Rande des Sozialhilfeniveaus.

(D) Die Deutsche Liga hat berechnet, das Pro-Kopf-Einkommen einer Durchschnittsverdienerfamilie mit zwei Kindern betrage nur 37,8 % des Nettoeinkommens eines kinderlosen Ehepaars. Das Ausmaß dieser Fehlentwicklung wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im vergangenen Jahr die Mindereinnahmen aufgrund des Ehegattensplittings bei knapp 28 Milliarden DM lagen, mehrere Milliarden DM höher als die Summe von Kindergeld und steuerlichen Vergünstigungen für Kinder.

Die Bundesregierung wird nicht müde, seit mehreren Jahren gewaltige Propaganda für ihre familienpolitischen Leistungen zu machen. Gewiß - ich sage das ausdrücklich -: Das Bundeserziehungsgeldgesetz und das Babyjahr in der Rentenversicherung sind richtige Ansätze, richtige Schritte. Nur sind diese Leistungen bei den Familien vorher eingespart worden, wie das auch in der jüngsten Debatte im Bundestag deutlich noch einmal herausgearbeitet worden ist.

Das Rheinische-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat beispielsweise festgestellt, daß der Anteil der Einkommens-

(Heckelmann (SPD))

- (A) helfen und der steuerlichen Entlastung für Familien am Bruttosozialprodukt von 4,63 % im Jahre 1981 auf 3,13 % im Jahre 1985 - man muß jetzt so herum diskutieren - gefallen ist, ehe 1986 wieder 4,48 % erreicht wurden.

Diese laufenden Steuersenkungsaktionen sind keineswegs ein besonders Zeichen von Familienfreundlichkeit. Von einer wirklichen Korrektur bestehender Ungleichgewichte kann nicht die Rede sein, wenn ein lediger Durchschnittsverdiener 1990 dann um 1 900 DM entlastet wird, eine vierköpfige Familie aber einen nur um 100 DM höheren Betrag erwarten kann.

Meine Damen und Herren, ich habe das im Rahmen dieser Haushaltsdebatte kurz erläutert, damit die Gewichte und Dimensionen deutlich werden. Wir haben eine Benachteiligung von Familien, die nur bundespolitisch zu bereinigen ist. Das läßt sich mit ein bißchen Familiengeld und mit ein bißchen Landesstiftung "Mutter und Kind" beim besten Willen nicht vernebeln.

(Gregull (CDU): Der Spatz in der Hand!)

Wir halten für unseren Teil eine klare Abgrenzung von Bundes- und Landesaufgaben in der Familienpolitik für sehr viel sinnvoller als der von Ihnen geforderte Mischmasch. Es ist völlig zwecklos, mit unzulänglichen Finanzmitteln eines Landes Bundesdefizite korrigieren zu wollen. Solche Versuche beeinträchtigen lediglich die eigentliche Landespolitik.

(B)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen gleichzeitig feststellen, daß wir es im Bereich der Familie mit anders gearteten Lebensweisen, mit neuen Formen des Zusammenlebens, mit neuen sozialen Bezügen zu tun haben. Es gibt nicht nur mehr Alleinerziehende, es gibt auch mehr bewußt Alleinerziehende. Zunehmende Scheidungsziffern machen uns deutlich, daß Ehen in vielen Familien leider keine lebenslangen Verbindungen mehr sind. Das Bedürfnis nach sozialen Kontakten äußert sich auch in Ansprüchen an Nachbarschaft und Gemeinwesen. Junge Eltern wollen ihre Vereinzelung durch Eltern-Kind-Gruppen überwinden. Es besteht und entsteht ein neuer Bedarf nach dezentralen Diensten.

Meine Damen und Herren, aus dieser Erkenntnis heraus - damit gehe ich auf das ein, was Herr Rüsenberg vorhin zu den Beratungsstellen erwähnt hat - fördern wir Beratungsstellen, um gerade unter den heutigen Lebensbedingungen offener auftauchender seelischer

Konflikte Hilfestellung zu geben. Das Netz unserer Beratungsstellen ist dem Lande Nordrhein-Westfalen immerhin 55 Millionen DM wert. In Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen finden Sie nur Bruchteile dieser Ansätze.

(C)

Wir fördern Familienbildungsstätten als einen sinnvollen Beitrag zur Gestaltung freier Zeit, zur Förderung von Bildung und Kultur sowie sozialer Begegnung. 1988 haben wir 36,5 Millionen DM dafür veranschlagt; das ist zehnmal soviel, wie Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz vor kurzem noch zusammen für Familienbildungsstätten ausgegeben haben.

Wir fördern Kindergärten, um dazu beizutragen, daß sich Kinder in diesem Alter zu Selbstbewußtsein und Kreativität entwickeln und trotz der häufigen Einzelkindsituation fähig sind, in sozialen Zusammenhängen zu leben, Konflikte auszuhalten und die positiven Möglichkeiten von Gemeinschaft zu erfahren.

Bei den Tageseinrichtungen für Kinder liegt der Schwerpunkt der familienpolitischen Leistungen im Einzelplan 07. 1988 sind hier rund 572 Millionen DM veranschlagt, 55 Millionen DM mehr als im vergangenen Jahr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jeder hier im Hause weiß, daß wir für Tageseinrichtungen für Kinder mehr tun als jedes andere Bundesland. Vor allem qualitativ brauchen wir in Nordrhein-Westfalen einen Vergleich mit keinem Land der Bundesrepublik - oder auch mit keinem Land der Welt, kann ich sagen - zu scheuen, zum Wohle unserer Kinder!

(D)

(Widerspruch der Frau Abg. Hüls (CDU))

- Ja, schauen Sie das noch einmal genau nach, verehrte Frau Kollegin!

(Zuruf des Abg. Rüsenberg (CDU))

Unser Hauptproblem ist - und das verkennen wir auch gar nicht -, daß trotz der durchschnittlich ausreichenden Versorgung mit Kindergartenplätzen

(Frau Hüls (CDU): Wieso? 90 000 fehlen!)

örtlich zum Teil empfindliche Versorgungslücken bestehen. - Immer erst einmal genau zuhören!

Wir haben daher in den Haushaltsberatungen - das ist ja dankenswerterweise von Herrn

(Heckelmann (SPD))

- (A) Kollegen Rösenberg eben anerkannt worden - das Investitionsvolumen deutlich aufgestockt. Für neue Maßnahmen sollen im nächsten Jahr 56 Millionen DM bereitstehen, 16 Millionen DM mehr als im vergangenen Jahr. Wir möchten, daß diese Mittel vor allem in neue Plätze - in möglichst viele neue Plätze - fließen. Daher appelliere ich von hier aus noch einmal an alle Träger und Jugendämter, begrenzten finanziellen Möglichkeiten durch eine sparsame Planung Rechnung zu tragen. Durch Nutzung und Umgestaltung von bestehenden Gebäuden lassen sich aus den bereitgestellten Mitteln sehr viel mehr Kindergartenplätze schaffen, als wenn immer nur teure Neubauten angestrebt werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Ein Ausgabenblock von fast 43 Millionen DM steht im Jahre 1988 für die Förderung von rund 29 000 Plätzen in Horten und Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung. Im laufenden Jahr konnten wir leider einige neue Gruppen noch nicht in die Förderung einbeziehen; dies wird im nächsten Jahr mit Hilfe der Ansatzserhöhung von 2,35 Millionen DM möglich sein.

Die Jugendpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch ein im Ländervergleich herausragendes finanzielles Engagement aus - anders, als Sie es dargestellt haben.

- (B) (Beifall bei der SPD - Frau Hüls (CDU): Fragen Sie doch einmal vor Ort nach! - Zuruf des Abg. Gregull (CDU))

Angesichts der düsteren finanzpolitischen Lage des Landes und der Gewitterwolken auf dem Arbeitsmarkt, angesichts von Einnahmeverlusten und unsinniger steuerpolitischer Beschlüsse ist der Landesjugendplan für das Jahr 1988 eine gewaltige Leistung

(Lachen der Frau Abg. Hieronymi (CDU))

- eine gewaltige Leistung, Frau Hieronymi! -

(Gregull (CDU): Das wird auch nicht dadurch wahr, daß man es wiederholt!)

und macht deutlich, welch hohen Stellenwert die Jugendpolitik des Landes behält.

Ich verkenne nicht die Probleme der Träger der Jugendarbeit, die in diesen Jahren durch stagnierende und bisweilen leicht zurückgegangene Haushaltsansätze entstehen. Die Gesamtdarstellung des Landesjugendplans wies im Haushaltsentwurf eine Ansatzverminderung

von 30,7 Millionen DM aus. Ungefähr 27 Millionen DM entfallen allerdings auf die Jugendberufshilfe und die Bauprogramme; das ist hier bereits erwähnt worden. Im klassischen Bereich des Landesjugendplans, der Jugendpolitik, kamen wir um Kürzungen nicht herum; sie sind aber insgesamt nur unwesentlich.

(Frau Hieronymi (CDU): Da fragen Sie mal die Träger! - Gregull (CDU): Ungeheuerlich!)

Lassen Sie mich jetzt noch abschließend etwas zu Ihrem Entschließungsantrag sagen! Wir haben in den Haushaltsberatungen den Vorschlag der Regierung noch einmal korrigiert und damit vor allem bei Heimen der Offenen Tür und bei überörtlichen Bildungseinrichtungen die Personalkostensteigerungen berücksichtigt. - Ich wiederhole es, daß wir in finanzpolitisch schwierigen Zeiten unseren Leistungsstandard halten konnten. Wir sagen, für die Zukunft wird das davon abhängen, ob es gelingt, im bundesstaatlichen Finanzsystem unsere Finanzkraft zu erhalten. Das wollen wir auch insbesondere in der ergänzten Entschließung zum Ausdruck bringen, die Sie vorgelegt haben. Ich würde Sie herzlich bitten, über Ihren Schatten zu springen,

(Zurufe von der CDU - Unruhe)

Ihre parteipolitische Brille abzulegen und gemeinsam mit uns diese ergänzte Entschließung zu verabschieden - zum Nutzen der Jugendpolitik und der Familien im Lande Nordrhein-Westfalen.

(Beifall der SPD - Zurufe der Abgeordneten Frau Hieronymi und Gregull (CDU) - Weitere Zurufe)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Reichel für die Fraktion der F.D.P. das Wort. Bitte sehr!

Reichel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich zur Jugendpolitik zu Wort gemeldet, will aber eine Bemerkung zum Einzelplan 07 insgesamt vorausschicken, zu der mich der Minister animiert hat. Herr Minister, Sie sind schätzenswerterweise auch hier wieder auf die Stahlkrise und auf die Situation der Stahlarbeiter eingegangen. Ich muß Sie aber fragen, ob Sie sich als Arbeitsminister wirklich nicht schämen, daß Sie den Unmut und die Sorgen, die Existenznöte der Arbeiter in den betroffenen Regionen auch hier immer

(C)

(D)

(Reichel (F.D.P.))

- (A) noch schüren, ohne auf Zukunftsperspektiven für die Menschen hinzuweisen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD - Unruhe)

Degradieren Sie die Stahlarbeiter doch nicht immer wieder zu parteipolitischen Marionetten für Ihre Auseinandersetzung mit der Bundesregierung.

(Gregull (CDU): Ihnen ist jedes Mittel recht!)

Ich sage Ihnen eines voraus, Herr Minister: Irgendwann erkennen die Menschen dies, auch diejenigen, die Ihnen wohlgesonnen sind. Dann werden die Stahlarbeiter gegen Sie hier genauso demonstrieren, wie es heute schon die Studenten gegen die Wissenschaftsministerin tun.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich will jetzt auf den Landesjugendplan eingehen. Wer sich die Zuschriften zum Landesjugendplan ansieht, wird eine seltsame Übereinstimmung der Argumentation in all diesen Zuschriften feststellen. Da wird eine Gefährdung der Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen gesehen. Diese Gefährdung wird auf den Sparzwang des Landes und der Gemeinden zurückgeführt, und dieser Sparzwang wiederum soll aus der Steuerreform des Bundes resultieren. Meine Damen und Herren, wie unsinnig diese These ist, wird man spätestens dann herausfinden, wenn man sich mit Haushalten zurückliegender Jahre befaßt. Dann stellt man fest, daß es empfindliche Kürzungen im Bereich der Jugend-, Kinder-, Familien- und Altenarbeit in Nordrhein-Westfalen bereits gegeben hat, bevor das erste Wort über die Steuerreform in der Diskussion gewesen ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es ist mir aber viel wichtiger, der Frage nachzugehen, wo die Legendenbildung, die Sie betreiben, herkommt. Sie haben mit der Legendenbildung, daß die Steuerreform an allem schuld sei, schon recht früh angefangen. Sie haben clevererweise bereits zu Beginn dieses Jahres eine Anhörung durchgeführt, lange vor den Etatberatungen. Sie haben etwas als Anhörung der Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen bezeichnet, was in Wirklichkeit nur einem einzigen Zweck gedient hat, nämlich den dort versammelten Jugendverbänden vorzuspiegeln - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Reichel, Ich bitte Sie, Ihre Rede einen Augenblick einzustellen, bis Ruhe eingekehrt ist. -

(C)

Reichel (F.D.P.): Sinn und Zweck dieser Veranstaltung, verehrten Kollegen von der SPD, war ganz allein - man muß sich die Publikationen bei den Jugendverbänden nur einmal ansehen -, den Jugendverbänden vorzuspiegeln, daß das, was im Haushalt dieses Jahres auf sie zukommen würde, allein auf die Bonner Steuerreform zurückzuführen sei. Sie haben dadurch den Versuch unternommen, Ihre eigene Verantwortung für die Haushaltslage dieses Landes zu vernebeln.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie waren sich nicht zu schade, die Jugendverbände als Hilfstruppen für Ihre Kampagne gegen die Bonner Steuerreform zu mißbrauchen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir lehnen den Haushalt insgesamt ab. Mein Kollege Fritz Schaumann hat vorhin bereits darauf hingewiesen.

(Zuruf von der SPD: Nennen Sie auch die Gründe!)

Wir lehnen den Haushalt auch aus jugendpolitischer Sicht ab. Meine Damen und Herren, wer Jugendpolitik nicht nur so versteht, daß einmal im Jahr mit den Jugendverbänden Kasse gemacht wird, sondern wer in Jugendpolitik in erster Linie die Wahrnehmung von Generationsinteressen sieht, der kommt nicht an der Frage vorbei, welche existentiellen Probleme im Umweltschutz, in der Energieversorgung, im Bildungswesen die heutige junge Generation in 30 Jahren zu lösen hat. Wer soweit kommt und sich dies immerhin einmal fragt, der wird sich weitergehend fragen: Welchen Gestaltungsspielraum hat die heutige junge Generation in 30 oder 40 Jahren eigentlich noch? Wenn sie ihre Zeit gestalten will und ihre Probleme lösen will, dann braucht sie auch ihren eigenen finanziellen Gestaltungsspielraum.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie darf dann nicht darauf reduziert werden, Zinsen und Tilgungen für das zu zahlen, was heute in diesem Lande an Schulden gemacht wird.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- (A) Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, wir können die Sitzung unterbrechen. Ich stehe hier auf, und Sie unterhalten sich weiter. Das geht so doch nicht. Welchem Redner ist eine solche Unruhe zumutbar? Es kann doch jeden von uns treffen.

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön!

Reichel (F.D.P.): Meine Damen und Herren, diesem Haushalt fehlt der Mut zum Umdenken, zu dem, was Herr Dammeyer in Anlehnung an sowjetische Terminologie gestern Perestroika genannt hat. Eben das fehlt diesem Haushalt, gerade aus jugendpolitischer Sicht. Deshalb lehnen wir ihn ab.

Ich möchte allerdings auch einige Bemerkungen zu dem Antrag machen, den die CDU hier eingebracht hat. Verehrte Kollegen von der CDU, Sie sagen, offene Jugendfreizeitstätten hätten sich in der Vergangenheit bewährt. Ich gebe Ihnen in dieser Einschätzung recht. Davon ist aber die Frage zu unterscheiden - dies haben Sie in Ihrem Antrag leider nicht thematisiert -, wie denn eigentlich die aktuelle Leistungsbilanz der offenen Jugendfreizeiteinrichtungen und wie ihre Zukunftsperspektive aussieht. Mich hat es jedenfalls sehr nachdenklich gemacht, daß die Träger dieser Einrichtungen, als wir sie im Ausschuß gehört haben, sichtlich Mühe hatten, den aktuellen Sinn dieser Einrichtungen nachzuweisen.

- (B) Ich sehe hier ganz wesentliche Schwierigkeiten, die wir nicht aus der Debatte verdrängen dürfen, nämlich Schwierigkeiten der Art, daß eine offene Jugendfreizeiteinrichtung nur dann Jugendliche betreuen kann, wenn auf der Seite der Jugendlichen die Bereitschaft vorhanden ist, betreut zu werden. Dies wiederum setzt voraus - das ist meines Erachtens das Kernproblem -, daß die Jugendlichen sich dann auch als Betreuungsfälle definieren. Damit aber haben Jugendliche, die registrieren, was in der Welt der Erwachsenen - aus der Sicht der Jugendlichen - alles pflegebedürftig wäre, natürlich ganz enorme Probleme. Ich kann diese Probleme nachvollziehen. Diese Jugendlichen haben recht: Beseitigen wir doch lieber die Ursachen für das Fehlverhalten junger Leute. Nehmen wir die Schulen stärker in die Pflicht, ihren Erziehungsauftrag wahrzunehmen und mit Jugendlichen auch darüber zu sprechen, wie man ein immer größeres Freizeitangebot sinnvoll nutzen kann.

Schulen sollen noch stärker soziale Verantwortung empfinden. Möglicherweise können

wir darüber fruchtbare Diskussionen führen. (C) Aber ich halte das für einen richtigeren Weg, als sich hier darauf zu beschränken, Reparatureinrichtungen zu finanzieren, die sich dann mit Problemjugendlichen beschäftigen, nachdem die Probleme entstanden sind, und voraussetzen, daß die Jugendlichen selbst bereit sind, sich auch als Problemjugendliche zu definieren. Ich kann nicht nachvollziehen, wie ein Jugendlicher zu einem solchen Schritt kommen sollte.

Zweitens: Sie schreiben, verehrte Kollegen von der CDU, auf Seite 3 Ihres Antrages, daß "für eine langfristig angelegte Jugendarbeit keine verlässliche Grundlage besteht". Ich teile diese Einschätzung. Aber Sie müssen sich dann natürlich die Frage gefallen lassen: Ist ein Antrag - wie Sie ihn formulieren - auf wesentliche Ausgabenerhöhungen der richtige Ansatz, diese langfristig verlässliche Grundlage wiederherzustellen? Und da kann ich Ihnen in dem Antrag, den Sie formuliert haben, nicht folgen.

Drittens: Sie schreiben auf Seite 4 Ihres Antrages, der Landesjugendplan solle in seiner jetzigen Struktur bestehen bleiben, das Förderverfahren solle nicht geändert werden. Herr Rüsenberg, Sie haben diese Position hier noch einmal unterstrichen. Für mich ist die Struktur dieses Landesjugendplans - das möchte ich hier eindeutig feststellen - kein Dogma. Die Lebenswirklichkeit Jugendlicher hat sich verändert, die Wertvorstellungen Jugendlicher haben sich verändert, das Freizeitverhalten, das (D) Bildungsverhalten Jugendlicher - all das hat sich verändert, und ausgerechnet die Jugendpolitik soll sich nicht verändern? Das scheint mir nicht logisch zu sein.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Ich finde: Wenn wir uns einmal auf den ersten zaghaften Ansatz in diesem Landeshaushalt konzentrieren - ich meine die besonderen Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendwesens -, dann mag dieser Ansatz von der SPD derzeit anders gemeint sein, als ich ihn mir vorstellen könnte. Aber er ist dennoch ein Schritt in die richtige Richtung, weil hier ein Schritt in die Richtung einer staatsferneren, autonomen Jugendpolitik getan werden kann, die dann auch näher am Puls der Jugendbewegungen und Jugendinitiativen ist, die kurzfristig auch neue Entwicklungen und neue Ideen finanzieren kann und sich nicht auf diese Kartellfinanzierung, die wir seit Jahren haben - auf diese eingefahrene Struktur der immer gleichen Verbände nach den immer gleichen Mustern -, reduzieren muß.

(Reichel (F.D.P.))

- (A) Meine Damen und Herren, wir haben keine Einzelanträge gestellt. Wir haben in diesem Jahr auch nicht den Antrag auf Verbesserung der finanziellen Situation der Schülerpresse in Nordrhein-Westfalen gestellt. Das war der einzige Erhöhungsantrag, den wir in den letzten Jahren neben millionenschweren Kürzungs- und Sparvorschlägen gebracht haben. Wir haben gemerkt, wie in der Ablehnung der Anträge, die wir gestellt haben, die ganze Selbstgerechtigkeit einer mit absoluter Mehrheit regierenden Partei zum Ausdruck kam.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Das motiviert nicht zu einem parlamentarischen Miteinander. Hier ging es um einen Betrag von 10 000 DM, und Sie haben fiskalisch argumentiert, daß das nicht machbar sei. Meine Damen und Herren, zur Glaubwürdigkeit hat diese Argumentation nicht beigetragen. Mit 10 000 DM können Sie diesen Haushalt nicht mehr sanieren.

Besonders unglaublich habe ich auch Ihre Verschleppungsstrategie zum Antrag "Sicherung der Pressefreiheit für Schülerredakteure" empfunden, den meine Fraktion vor nunmehr gut einem Jahr im Landtag eingebracht hat. Hier steht seit sehr langer Zeit ein Anliegen, bei dem wir uns, verehrte Kollegen von der SPD, von der Sache her doch gar nicht so unterscheiden, aus parteitaktischen Gründen zurück. Warum wollen wir denn eigentlich den Jugendredakteuren, die diesen Prozeß beobachten, das Gefühl geben und sie in ihrer Ahnung bestärken, daß ihre Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Politik möglicherweise berechtigt seien, weil hier wieder einmal ein Sachthema hinter Machtfragen zurückgetreten ist?

(B)

Meine Damen und Herren, wir werden den Einzelplan 07 insgesamt ablehnen. Wir werden auch den Bereich Jugend ablehnen. Wir werden uns beim Antrag der CDU, den die CDU ergänzend zum Haushalt eingebracht hat, der Stimme enthalten.

(Aigner (SPD): Wenn Sie ihn für falsch halten, müssen Sie ihn auch ablehnen!)

- Er richtet keinen Schaden an. Er ist in der Analyse richtig, wenn auch nicht konsequent. Deshalb werden wir uns enthalten. Aber wir werden auch diesen Antrag ablehnen, wenn sich die Änderungen dazu durchsetzen, die von der SPD-Fraktion beantragt wurden. Diese Aneinanderreihung von Selbstgefälligkeiten kontrastiert mit der Wirklichkeit der Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen. Die Wirklichkeit findet draußen statt.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Sehen Sie sich die Demonstration an! Dann könnten Ihnen möglicherweise die Augen geöffnet werden (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 07 stelle ich keine Wortmeldungen mehr fest. Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst ist über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2695 abzustimmen. Herr Abg. Arentz hat für die Fraktion der CDU gemäß § 54 der Geschäftsordnung namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die Abstimmung und bitte um den Aufruf der Namen der Mitglieder des Hauses.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, damit das klar ist: Wenn hier nicht Ruhe herrscht, müssen wir eben eine Pause einlegen. Wir können hier oben nur verstehen, ob mit Ja, mit Nein oder mit Enthaltung gestimmt wird, wenn es im Augenblick der Stimmabgabe ruhig ist. - Bitte schön!

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Die Abstimmung ist damit geschlossen.

Ich bitte, auszuzählen und das Ergebnis mitzuteilen. -

(D)

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen das Ergebnis dieser Abstimmung mitteilen: 210 Abgeordnete haben an der Abstimmung teilgenommen. Für den Antrag stimmten 77 Abgeordnete,

(Zurufe von der SPD: Zu wenig!)

mit Nein stimmten 120, 13 enthielten sich der Stimme.

Damit ist dieser Änderungsantrag Drucksache 10/2695 abgelehnt.

Wir stimmen nun über den gesamten Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales - ab. Wer dem Entwurf des Einzelplans 07 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2627 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 07 in zweiter Lesung angenommen.

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) Ich rufe den nächsten Punkt auf: Regierungserklärung - -

(Hardt (CDU): Einzelplan 09!)

Ich rufe auf:

Einzelplan 09: Minister für Bundesangelegenheiten

Ich eröffne die Beratung.

(Frau Friebe (SPD): Nein, nur abstimmen!)

- Ich weiß schon. - Da keine Wortmeldungen erkennbar sind, kann ich die Beratung schließen und zur Abstimmung kommen.

(Heiterkeit)

Wer dem Entwurf des Einzelplans 09 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2629 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Entwurf des Einzelplans 09 - Minister für Bundesangelegenheiten - ist damit in zweiter Lesung angenommen worden.

Ich komme nunmehr zur

Regierungserklärung

Thema: Sozialverträgliche Lösung des Problems der Neuen Heimat in Nordrhein-Westfalen im Rahmen der sozialen Wohnungspolitik des Landes

(B)

Zur Regierungserklärung erteile ich dem Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr, Herrn Dr. Zöpel, das Wort. Bitte schön!

Dr. Zöpel, Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat gestern morgen dem Erwerb der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen mit rund 38 000 Wohnungen durch die Landesentwicklungsgesellschaft und die landeseigene Wohnungsgesellschaft "Rheinland" zugestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Nach zwei Jahren kommen damit die Bemühungen der Landesregierung um eine "friedliche Lösung" des Problems der Neuen Heimat in Nordrhein-Westfalen zum Abschluß. Neuer Eigentümer der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen werden die Landesentwicklungsgesellschaft zu 98 % und die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft "Rheinland" zu 2 %.

Der Kaufpreis für die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen beträgt 1 DM. (C)

(Dorn (F.D.P.): Das ist ja unwahrscheinlich! - Hardt (CDU): Das haben wir schon mal gehört. - Wolf (SPD): Aber diesmal backen Sie kleine Brötchen. - Nagel (CDU): Nein, die Landesregierung backt kleine Brötchen. - Weitere Zurufe und Gegenrufe - Glocke des Präsidenten)

- Wenn jeder, der eine Mark ausgäbe, ein Bäckermeister wäre, gäbe es unendlich viele Bäckermeister.

(Dr. Linssen (CDU): Das war wohl nichts. - Doppmeier (CDU): Nicht sehr geistreich!)

Mit dem Erwerb wird gleichzeitig das Kapital der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen von jetzt null auf 180 Millionen DM aufgestockt. Der Name der Gesellschaft Neue Heimat Nordrhein-Westfalen wird in "LEG Wohnen" geändert.

In dieses Ergebnis sind die Anregungen von acht Plenar- und 17 Ausschußsitzungen des Landtags eingeflossen.

(Frau Robels (CDU): Sehr fleißig!)

Die Landesregierung dankt allen Mitgliedern des Hauses, darunter auch Kolleginnen und Kollegen der Opposition, die konstruktive Hinweise und Vorschläge eingebracht haben. (D)

(Beifall bei der SPD - Frau Robels (CDU): Prima! Eine Anerkennung von Ihnen! Das ist gut.)

Die Bemühungen um diese Lösung begannen Ende 1985/Anfang 1986, als deutlich wurde, daß ein Zusammenbruch des Gesamtkonzerns Neue Heimat und damit die Zwangsversteigerung von gut 250 000 Wohnungen in der Bundesrepublik drohte.

Damals hat sich die Landesregierung an den Bemühungen von Bund und Ländern um ein abgestimmtes Verhalten beteiligt.

Ziele der Landesregierung waren damals und sind heute:

erstens, den Konkurs des Unternehmens zu vermeiden, schon wegen der potentiellen Auswirkungen auf die Forderungen der Wohnungsbauförderungsanstalt gegenüber der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen,

zweitens, spekulative Massenverkäufe der Wohnungen zu verhindern, wegen der unüber-